



Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

108. Jahrgang, Nr. 2

Februar 2026

PPI Eigenverlag "Wilhelm Pieck" Redaktion und Vertrieb 99084 Erfurt, Johannesstraße 156 Tel.: 0170/1831495 - Tel.: 0361/64458760	Gegründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg (wieder herausgegeben 1990 in der DDR)	 Einzelpreis: 3,20 Euro Jahres-Abonnement: 35,00 Euro Förder-Abonnement: 45,00 Euro
---	--	--

Davos. Oder: Wem gehört die Welt?

Im Januar versammelten sich in Davos die politischen und wirtschaftlichen Führer des imperialistischen Westens und ihrer abhängigen Staaten zum Weltwirtschaftsforum – während die Staatschefs der Volksrepublik China, Indiens, Brasiliens, Russlands und Südafrikas fernblieben oder nur durch untergeordnete Vertreter präsent waren. Auf der Tagesordnung standen die aktuellen Macht- und Besitzansprüche der großen imperialistischen Staaten: die Debatte um den Zugriff auf Grönland und seine Rohstoffe, der Krieg in der Ukraine, neue Handelsabkommen und die Absicherung westlicher Wirtschaftsinteressen in einer sich zuspitzenden Weltlage. Am Rande wurde auch über den Klimawandel gesprochen – nicht jedoch über den Krieg im Sudan, nicht über Millionen Vertriebene, nicht über Hunger als Folge imperialistischer Politik. Es gab auch Protest. Zwar nicht mehr so gewaltig wie noch vor einigen Jahren mit zehntausenden Demonstranten, - aber doch stand das Forum auch in diesem Jahr unter Protest und scharfer Kritik. Rund 70 zivilgesellschaftliche Organisationen aus über 26 Ländern veröffentlichten eine internationale Erklärung, in der das Weltwirtschaftsforum als „Symbol eines autoritären, kriegstreiberischen und ökologisch zerstörerischen Wirtschaftssystems“ kritisiert wird.¹ Diese Kritik ist richtig. Sie benennt reale Verhältnisse. Aber sie bleibt stehen, wo es notwendig wäre weiterzugehen. Denn was in Davos verhandelt wird, ist kein moralisches Problem – es ist ein Eigentumsverhältnis. Ein Kommentar zum Gipfel der Mächtigen und zu denen die ihn kritisieren:

Hoch oben in den Bergen treffen sie sich jedes Jahr. Saubere Straßen, bewachte Hotels, warme Säle. Drinnen reden sie von Verantwortung, Stabilität und Zukunft. Draußen arbeiten andere Menschen. Sie putzen, kochen, fahren, tragen. Sie kommen in Davos nicht zu Wort.

Das Weltwirtschaftsforum nennt sich Dialog. In Wahrheit ist es eine Zusammenkunft derer, denen die Welt gehört – oder die glauben, sie

gehöre ihnen. Fabriken, Minen, Felder, Banken, Transportwege, Waffen. Wer hier sitzt, entscheidet nicht darüber, ob ausgebeutet wird, sondern wie.

Man spricht von Krieg, als sei er ein Naturereignis. Von der Ukraine, von Grönland, von Lateinamerika, von Europa und dem was da kommen wird in den nächsten Jahren - von Aufrüstung, von Sicherheit. Sicherheit meint dabei die Sicherheit von Investitionen. Wenn Kriege nötig sind, um Märkte zu sichern, werden sie geführt. Wenn Sanktionen nötig sind, um Konkurrenten zu schwächen, werden sie verhängt. Wenn Präsidenten nicht mitspielen, werden sie entführt oder ermordet. Es ist ein Gipfel der Mächtigen.

Viele Organisationen protestieren dagegen. Sie sagen: Dieses System zerstört Leben, treibt Menschen in die Flucht, verbrennt Wälder und vergiftet Böden. Sie haben recht. Aber sie sagen es oft so, als ließe sich das ändern, ohne an den Besitz zu rühren. Ungerechtigkeit ist kein Betriebsfehler. Sie ist der Zweck. Denn solange wenige besitzen und viele arbeiten müssen, wird es Ausbeutung geben. Solange Profit über Bedürfnissen steht, wird es Hunger geben. Solange Konzerne entscheiden, bleibt Demokratie ein Wort, das man druckt, aber nicht lebt. Darum helfen moralische Appelle wenig. Sie empören – und beruhigen zugleich. Sie geben das Gefühl, auf der richtigen Seite zu stehen, ohne die falschen Verhältnisse anzugreifen.

Auch der Klimawandel wird in Davos Jahr für Jahr verhandelt. Man spricht von Verantwortung und Märkten. Doch Märkte retten kein Klima. Wenn sich Zerstörung rechnet, wird zerstört. Wenn sich Schutz nicht rechnet, bleibt er ein Versprechen. CO₂-Zertifikate löschen keine Brände. Sie verteilen nur die Schuld neu.

Manche fordern bessere Institutionen, andere ein freundlicheres Weltforum. Doch kein System, das auf Ausbeutung beruht, wird durch neue Gesprächsrunden gerecht. Wer das Weltwirtschaftsforum ersetzen will, ohne das Eigentum in Frage zu stellen, ersetzt nur das Schild an der Tür.

Es gab Zeiten, in denen die Welt andere Erfahrungen machte. In der Sowjetunion und in der DDR wurde – bei allen Widersprüchen und Problemen – sichtbar, daß eine Wirtschaft ohne privaten Profit als oberstes Ziel andere Prioritäten setzt: garantierte Arbeit statt Massenarbeitslosigkeit, Bildung und Gesundheitsversorgung als Recht, nicht als Ware, Planung nach gesellschaftlichem Bedarf statt nach Rendite. Diese Erfahrungen waren begrenzt, sie waren umkämpft, sie wurden bekämpft – aber sie waren real. Und sie widerlegen bis heute die Behauptung, es gebe keine Alternative zum Kapitalismus.

Gerade deshalb mußten sie beseitigt werden. Nicht weil sie perfekt waren, sondern weil sie gefährlich waren – gefährlich für jene, die in Davos zusammensitzen. Sie zeigten, daß Eigentum nicht naturgegeben ist und daß Machtverhältnisse verändert werden können.

Die Eigentumsfrage ist keine theoretische Zuspitzung, sondern der Schlüssel zum Verständnis der Welt, wie sie ist – und zur Veränderung der Welt, wie sie sein kann.

Darum reicht es nicht, das Weltwirtschaftsforum zu kritisieren. Es muß verstanden werden. Und verstanden heißt: als Teil eines Systems, das nur durch Klassenkampf überwunden werden kann. Eine Bewegung, die das nicht begreift, verliert ihren Kompaß. Sie irrt Jahr für Jahr zwischen Appellen und Hoffnungen, während die Besitzenden weiter planen.

Die Zukunft entsteht nicht in den Konferenzsälen der Eliten. Sie entsteht dort, wo Menschen arbeiten, streiken, sich organisieren und kämpfen. Sie ist keine Frage guter Absichten, sondern von Kräfteverhältnissen. Und diese Kräfteverhältnisse sind nicht festgeschrieben.

Die Welt nach dem Kapitalismus ist kein Traum. Sie war schon einmal sichtbar. Und was sichtbar war, kann wieder erkämpft werden.

MN

1) Gemeinsame internationale Erklärung gegen das Weltwirtschaftsforum 2026, u.a. hier im Netz: <https://weed-online.org/de/news-details/gemeinsame-internationale-erklaerung-gegen-das-weltwirtschaftsforum-2026>

Während in Davos über „globale Verantwortung“ gesprochen wird, konzentriert sich Reichtum und politische Macht weltweit in immer weniger Händen. Der aktuelle Oxfam-Bericht¹ vom Januar 2026 macht einmal mehr sichtbar, was hinter den höflichen Worten des Weltwirtschaftsforums steht: eine extreme und wachsende Ungleichheit, die kein Zufall, sondern Ergebnis kapitalistischer Eigentumsverhältnisse ist.

Zahlen und Fakten:

- Weltweit gibt es rund **3.000 Milliardäre**. Ihr gemeinsames Vermögen beträgt **18,3 Billionen US-Dollar**.
- Seit 2020 ist ihr Vermögen **inflationbereinigt um über 80 %** gestiegen. Gleichzeitig lebt **fast die Hälfte der Weltbevölkerung in Armut**.
- Die **zwölf reichsten Menschen der Welt besitzen mehr Vermögen als die ärmere Hälfte der Menschheit** – über vier Milliarden Menschen.
- Allein im vergangenen Jahr wuchs das Vermögen der Milliardäre um **2,5 Billionen US-Dollar** – so viel wie die ärmere Hälfte der Welt zusammen besitzt.
- Der reichste Milliardär verdient nach Oxfam-Berechnung **in vier Sekunden so viel wie ein durchschnittlicher Mensch in einem Jahr**.
- Die **BRD zählt 172 Milliardäre (Platz 4 weltweit)**. Ihr Vermögen wuchs binnen eines Jahres um rund **30 %** auf **840 Milliarden US-Dollar**.

- Ein deutscher Milliardär verdient im Schnitt **in weniger als anderthalb Stunden ein durchschnittliches Jahresgehalt**.
- Wirtschaftlicher Reichtum wird zu politischer Macht: In den USA investierten **100 Milliardärsfamilien 2,6 Milliarden US-Dollar** in den letzten Präsidentschaftswahlkampf. Milliardäre haben eine **rund 4.000-fach höhere Chance**, ein politisches Spitzenamt zu bekleiden.

Diese Zahlen zeigen: Was in Davos verhandelt wird, ist keine Frage von Moral oder besserem Management, sondern von Eigentum und Klassenmacht. Wer über Reichtum verfügt, bestimmt Politik – und wer nichts besitzt, trägt die Folgen.

Reichtum in Deutschland – Besitz mit Geschichte:

Extreme Ungleichheit ist kein neues Phänomen. Auch in der BRD konzentriert sich Reichtum seit Generationen in denselben Familien.² Viele der heute reichsten Dynastien verdanken ihren Einfluß Entwicklungen, die bis ins Kaiserreich, die Weimarer Republik und den Faschismus zurückreichen.

(Nur einige) Beispiele für Kontinuitäten:

- Quandt-Familie (BMW):** Bereits in der Weimarer Republik und im Faschismus eng mit der Rüstungsindustrie verbunden. Der heutige Reichtum der Familie basiert auf Industriebeteiligungen, die nach 1945 nahezu ungebrochen fortgeführt wurden.
- Porsche / Piëch:** Vermögen aus dem Automobil- und Rüstungskomplex, mit direkter Verflechtung in die Kriegswirtschaft des „Dritten Reiches“.

Bis heute prägend für einen der größten Industriekonzerne der Republik.

- Reimann-Familie (u. a. JAB Holding):** Erben eines Unternehmensvermögens, das bereits vor über 100 Jahren aufgebaut wurde und im Faschismus massiv profitierte. Heute Kontrolle über internationale Konsum- und Lebensmittelkonzerne.
- Krupp / Thyssen:** Historische Schwerindustrielle, deren Namen seit dem Kaiserreich für Waffenproduktion, Stahl und Krieg stehen. Auch wenn die Unternehmensformen wechselten, blieb der industrielle Einfluß über Generationen erhalten.

Diese Beispiele zeigen: Reichtum entsteht selten durch individuelle Leistung, sondern durch vererbtes Eigentum, politische Macht und historische Ausbeutung. Während sich politische Systeme in Deutschland mehrfach änderten, blieben die Besitzverhältnisse stabil. **Eine reale Zäsur bildeten allein die rund 40 Jahre der DDR**, in denen Großgrundbesitz, Schlüsselindustrien und Banken enteignet und dem privaten Zugriff entzogen wurden. Hier wurde die Kontinuität der alten Besitzeliten bewußt gebrochen und Eigentum – bei allen historischen Widersprüchen – in gesellschaftliche Verantwortung überführt.

1) „Resisting the Rule of the Rich“, Oxfam Bericht Soziale Ungleichheit 2026, <https://www.oxfam.de/publikationen/bericht-soziale-ungleichheit-2026>

2) Vgl. bspw. „Die Macht der Hundert“, Dietz Verlag Berlin, 1966.

AUS DEM INHALT

- SEITE 2:**
- Der schlimmste Feind - Mit Antifa-Fahne gegen den Antiimperialismus
 - Leipzig: Tausende demonstrieren für Palästina
- SEITE 3:**
- Erklärung der revolutionären Regierung Kubas
- SEITE 4:**
- Iran im Fadenkreuz des Imperialismus
 - Agrar-und Umweltinformation - Zur Geschichte des ILN Halle(Saale)
- SEITE 5:**
- Jungkommunist: Aktionstag gegen Wehrpflicht: Jugend ist kein Kanonenfutter
 - VEB Kombinat Zellstoff und Papier Heidenau

+++ IN KÜRZE +++

Landtagswahlen 2026 Die KPD tritt an! Hilf mit!

Die Herren der Banken und Konzerne haben ihre Parteien. Die arbeitenden Menschen brauchen die ihre. Darum tritt die Kommunistische Partei Deutschlands 2026 zu den Landtagswahlen an – unbeugsam, kämpferisch, auf der Seite der Arbeiterklasse.

Am **6. September in Sachsen-Anhalt** und am **20. September in Mecklenburg-Vorpommern** stellt sich die KPD dem politischen Kampf. Unsere Landes-Organisationen stehen bereit. Neue Genossinnen und Genossen sind hinzugekommen, neue Gruppen entstanden. Die Partei sammelt Kraft. Doch der Staat hat für kleine Parteien Hürden errichtet: **Ohne Unterstützungsunterschriften keine Zulassung**. Unsere Zielvorgabe für Sachsen-Anhalt: 1200 Unterschriften, für Mecklenburg-Vorpommern 200. **Ab Januar 2026** beginnt die Sammlung. Jetzt ist die Stunde der Solidarität! Jede Unterschrift ist ein Schlag gegen Ausbeutung und Krieg. Sammeln kann Jede und Jeder. Unterschreiben dürfen Wahlberechtigte des jeweiligen Bundeslandes.

Formulare zum (beidseitig!) selbst ausdrucken: **www.k-p-d.org** per Mail an post@k-p-d.org oder an unseren Infoständen. Wir schicken sie euch bei Bedarf auch postalisch zu.

**Heraus zum Sammeln!
KPD 2026 auf die Wahlzettel!
Für Frieden und Sozialismus!**

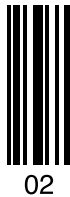
Offizieller Telegram-Kanal der KPD

Seit Herbst vergangenen Jahres betreibt die KPD einen offiziellen Telegram-Kanal. Damit erweiterten wir unsere Öffentlichkeitsarbeit um eine direkte, schnelle und zugängliche Plattform – neben Rote Fahne und Webseite. Gerade in Zeiten von Aufrüstung, Krieg und wachsender Verunsicherung braucht es eine klare, kommunistische Stimme. Der Kanal liefert unregelmäßig aktuelle Positionen, Analysen, Kurznachrichten und Hinweise auf weiterführende Inhalte – verständlich, klassenbewußt, ohne Umwege. Unser Ziel ist es, Orientierung zu geben, Diskussionen anzustoßen und zur Organisation beizutragen. Der Kanal ist Teil des größeren Vorhabens, die kommunistische Bewegung zu stärken und zusammenzuführen. Jetzt abonnieren und weiterverbreiten:

<https://t.me/KPDDeutschlands>



4 197069 103202



02

+++ KURZMELDUNGEN +++

Lenin – Liebknecht – Luxemburg

10.000 Menschen auf der LLL-Demonstration

Am 11. Januar 2026 versammelten sich in Berlin rund 10.000 Menschen zur traditionellen Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Demonstration. Sie ehrten die Revolutionäre Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die am 15. Januar 1919 von konterrevolutionären Freikorps ermordet wurden. Die damals erst gegründete KPD wurde dabei von führenden SPD-Politikern wie Noske und Ebert verraten, die die Mörder deckten und damit die Konterrevolution stützten. Wie jedes Jahr legte die KPD früh am Morgen einen Kranz an der Gedenkstätte auf dem Friedhof der Sozialisten nieder. Seit dem Tod Wladimir Iljitsch Lenin am 21. Januar 1924 nennen wir bei der Demonstration auch Lenin, dessen Werk untrennbar mit dem internationalen Sozialismus und der Verteidigung der Arbeiterklasse gegen Krieg, Faschismus und Kapitalherrschaft verbunden ist.



Besonders auffällig war in diesem Jahr, daß zunehmend viele junge Genossen an der Demonstration teilnahmen. Dennoch bleibt die jährliche Demonstration ein Spiegel der Zersplitterung der linken Bewegung in Deutschland. Viele kleine Gruppen, Organisationen und Verbände marschieren unter eigenen Fahnen, statt gemeinsam unter der roten Fahne. Dies ist Ausdruck der Unorganisiertheit und Schwäche der kommunistischen Bewegung in der Bundesrepublik. In diesem Zustand haben Kommunisten dem, was uns in den kommenden Jahren bevorsteht, kaum etwas entgegenzusetzen. Es muß daran gearbeitet werden, diesen Zustand zu überwinden und wieder eine geeinte, gemeinsame Organisation zu schaffen – ähnlich der historischen KPD von 1919. Wenn wieder alle solidarisch unter der roten Fahne laufen, gemeinsam agieren, streiten und kämpfen, - nur dann haben wir eine Chance.



Die Demonstration richtete sich in diesem Jahr besonders gegen Aufrüstung, Wehrpflicht, Kriegsvorbereitung und Sozialabbau. Ein deutlich sichtbares Zeichen setzte sie gegen Imperialismus und Krieg: für ein freies Palästina, gegen den Angriff des US-Imperialismus auf Venezuela und Kuba und gegen die Provokationen gegenüber Rußland und China.

Mit klaren Parolen setzten die Teilnehmer ein Zeichen für Frieden, Klassenkampf und internationalen Sozialismus. Die LLL-Demonstration zeigt einmal mehr: Die Tradition von Luxemburg, Liebknecht und Lenin ist lebendig und verpflichtet uns, für eine gerechte, friedliche Gesellschaft zu kämpfen und gemeinsam die dafür notwendige Organisation zu schaffen.

Redaktion DRF

Der schlimmste Feind
Mit Antifa-Fahne gegen den Antiimperialismus

Die Auseinandersetzungen um die Palästina-Solidarität im Januar 2026 in Leipzig waren kein „innerlinker Konflikt“, wie es fast alle Medien darstellten. Sie waren ein Lehrstück darüber, wie sich Kräfte, die sich als progressiv, antifaschistisch und links inszenieren, faktisch gegen jede antiimperialistische Politik stellen – und dabei eine zentrale Funktion für den bürgerlichen Staat erfüllen. Was hier aufeinandertraf, waren nicht zwei gleichberechtigte Strömungen innerhalb einer gemeinsamen Linken. Es standen sich auf der einen Seite antiimperialistische Linke und auf der anderen Seite systemintegrierte Kräfte gegenüber, die sich zwar linker Symbolik bedienen, politisch jedoch fest auf dem Boden der herrschenden Ordnung stehen.

„Antideutsche“ sind keine Linken

Die antideutsche – oder treffender: ultradeutsche – Strömung präsentiert sich gern als besonders konsequent antifaschistisch, aufgeklärt und modern. Sie schwenkt Antifa-Fahnen, beruft sich auf die Shoah und beansprucht moralische Überlegenheit. Ihr politischer Kern ist jedoch nicht Antifaschismus, sondern Staatsräson.

Wer den israelischen Staat mitsamt Besatzung, Apartheid, ethnischer Säuberung und Vernichtungskrieg bedingungslos verteidigt, stellt sich gegen nationale Befreiungsbewegungen, gegen das Völkerrecht und gegen elementare humanistische Prinzipien. Wer den NATO-Kriegskurs in der Ukraine unterstützt oder relativiert – oder sogar aktiv Gelder für Waffen sammelt –, stellt sich auf die Seite des westlich-imperialistischen Machtblocks. Das ist kein „linker Pluralismus“. Das ist Sozialchauvinismus. Antiimperialismus ist kein optionales Add-on linker Politik. Er ist ihr Fundament. Ohne ihn bleibt vom Marxismus nur eine leere, entkernte Sprache übrig.

Die eigentliche Funktion: Kanalisierung und Entschärfung

Das zentrale Problem dieser Kräfte liegt nicht nur in ihren politischen Positionen, sondern in ihrer materiellen Stellung. Sie verfügen über privilegierten Medienzugang, finanzielle Ressourcen, institutionelle Funktionen, Mandate und Projektstellen – und damit über die Macht, zu definieren, was als „legitimer Protest“ gilt. Personen werden medial aufgebaut, um als vermeintliche Opposi-

tion zu sprechen. Diese Positionen werden jedoch nicht genutzt, um Widerstand zuzuspitzen, sondern um ihn zu kanalisieren. Protest wird in ungefährliche Bahnen gelenkt, entpolitisiert, moralisiert oder kriminalisiert – je nachdem, was dem Staat gerade nützt. Radikale Inhalte werden entschärft, antiimperialistische Forderungen delegitimiert, internationale Solidarität als „problematisch“ markiert. Opposition wird so nicht verboten, sondern verwaltet. Genau darin liegt ihre Bedeutung für den Machterhalt der Herrschenden. Dass diese Mechanismen systematisch funktionieren, ist kein Zufall. Zu dieser Form der gesteuerten Meinungsproduktion und politischen Einflussnahme ist viel geforscht worden. Verwiesen sei hier exemplarisch auf Frances Stonor Saunders: Who Paid the Piper? (London 1999).

Der Feind trägt unsere Farben

An diesem Punkt wird das alte, bittere Wissen der Arbeiterbewegung erneut aktuell. Nicht zufällig heißt es: „Der schlimmste Feind, ist nicht der Klassenfeind, es ist der Feind in den eigenen Reihen.“

Dieser Feind tritt nicht mit Stahlhelm und Springerstiefeln auf. Er spricht unsere Sprache, benutzt unsere Symbole und stellt sich als Teil von „uns“ dar. Er winkt mit der Antifa-Fahne – und verteidigt gleichzeitig die Interessen des imperialistischen Systems. Lenin bezeichnete diese Strömung als Opportunismus. Dimitroff beschrieb ihre historische Rolle als das Schmiermittel, das den Übergang zur offenen Reaktion ermöglicht. Sie bereiten ideologisch den Boden, auf dem Repression, Krieg und Sozialabbau gesellschaftlich akzeptabel werden.

Der Text des Liedes „Der schlimmste Feind“, stammt von Kurt Tucholsky, die Musik wurde von Hanns Eisler komponiert und die bekannteste Interpretation ist sicherlich die von Ernst Busch. Es thematisiert den Verrat aus den vermeintlich eigenen Reihen der Arbeiterbewegung – durch Bonzen und opportunistische Politiker, die dem Proletariat schaden. In Leipzig zeigte sich dieser Widerspruch im Januar deutlich: Auf der einen Seite linke Demonstranten, die sich solidarisch gegen den Völkermord an den Palästinensern stellten. Auf der anderen Seite Politiker von SPD, Linken, Grünen, CDU und FDP, die in trauter Eintracht mit zionistischen Organisa-

tionen das herrschende System verteidigten – und damit auch Waffenlieferungen nach Israel über den Leipziger Flughafen und den Genozid an den Palästinensern legitihierten. Mit Antifaschismus hat dies nichts, aber auch gar nichts zu tun. Bertolt Brecht brachte den zentralen, tiefer liegenden Zusammenhang präzise in seinen Aufsätzen über den Faschismus in zwei Sätzen auf den Punkt:

„Es kann in einem Aufruf gegen den Faschismus keine Aufrichtigkeit liegen, wenn die gesellschaftlichen Zustände, die ihn mit Naturnotwendigkeit erzeugen, in ihm nicht angetastet werden. Wer den Privatbesitz an Produktionsmitteln nicht preisgeben will, der wird den Faschismus nicht loswerden, sondern ihn brauchen.“

Leipzig als Brennglas

In Leipzig wurde einmal mehr sichtbar, wie diese Kräfte agieren: Antiimperialistische Gruppen wurden diffamiert, Palästina-Solidarität als Gefahr dargestellt, während staatliche Narrative nahezu bruchlos übernommen wurden. Nicht der Imperialismus galt als Problem, sondern der Widerstand gegen ihn.

Dass diese Angriffe aus Kreisen kamen, die sich selbst als links und antifaschistisch bezeichnen, ist kein Zufall. Es ist ihre politische Funktion. Sie bilden die Brücke zwischen Bewegung und Staat, zwischen Straße und Parlament, zwischen Widerstand und Anpassung.

Keine gemeinsame Seite

Die Konsequenz daraus ist klar – und sie ist politisch, nicht persönlich. Diese Kräfte stehen nicht auf unserer Seite. Nicht, weil sie „falsche Meinungen“ vertreten, sondern weil sie objektiv gegen antiimperialistische, revolutionäre Politik arbeiten. Wer den Imperialismus verteidigt, kann sich noch so oft Antifaschist nennen – er handelt rechts. Wer Befreiungsbewegungen delegitimiert, verteidigt Unterdrückung. Wer Protest verwaltet, statt ihn zuzuspitzen, schützt die bestehende Ordnung. Eine marxistische Linke muss hier klar sein. Nicht aus Spaltungswut, sondern aus politischer Notwendigkeit. Ohne diese Klarheit bleibt nur Verwirrung – und genau davon lebt das System. Der Januar 2026 hat hoffentlich dazu beigetragen, etwas klarer zu sehen.

Die Redaktion

Leipzig: Tausende demonstrieren für Palästina

Am 17. Januar versammelten sich rund 3.000 Menschen in Leipzig, um ihre Solidarität mit Palästina auf die Straße zu tragen. Die kraftvolle Demonstration startete am Connewitzer Kreuz, führte durch die Innenstadt und endete auf dem ehemaligen Karl-Marx-Platz (heute Augustusplatz). Junge Menschen, Gewerkschafter, Anwohner und zahlreiche palästinasolidarische Aktivist*innen setzten ein starkes Zeichen gegen den Genozid in Gaza und die Unterstützung durch die deutsche Bundesregierung. Mit Transparenten, Fahnen und kämpferischen Parolen machte die Demonstration deutlich, daß die palästinasolidarische Bewegung gewachsen und selbstbewusst ist. Die Aktion war auch eine Antwort auf An-



Gut 3000 Menschen demonstrierten Mitte Januar für ein freies Palästina und gegen reaktionäre Positionen.

griffe von sogenannten Antideutschen auf solidarische Menschen im Leipziger Süden. Während diese Hand in Hand mit dem

Staat noch immer versuchen, die Bewegung zu blockieren und zu diffamieren und im Sinne der deutschen Staatsräson den Genozid unterstützen, zeigte die Demonstration, daß Solidarität und Antiimperialismus in Leipzig eine breite Basis haben. Besonders hervorgehoben wurde die Zusammenarbeit mit Arbeiter*innen am Flughafen Leipzig/Halle, einem wichtigen Umschlagpunkt für Waffenlieferungen nach Israel, um konkrete Hebel gegen die Kriegslogistik zu nutzen. Die Lage in Gaza bleibt weiter katastrophal. Die Demonstration machte deutlich, daß der Kampf gegen Völkermord, Besatzung und für ein freies Palästina weitergeht – entschlossen, solidarisch und massenhaft.

mn

Demonstration: Stoppt den Rüstungswahnsinn

14.02.2026: Protest gegen die Münchner Sicherheitskonferenz!

Vom 13. bis 15. Februar 2026 trifft sich im Hotel Bayerischer Hof und im Rosewood Munich wieder die sogenannte Sicherheitskonferenz – früher „Wehrkundetagung“ – unter der Leitung von Wolfgang Ischinger. Hunderte Entscheidungsträger aus aller Welt, darunter fast 50 Staats- und Regierungschefs sowie eine große Delegation der Bundesregierung unter Kanzler Merz, diskutieren hier über europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, transatlantische Beziehungen, Multilateralismus, regionale Konflikte und technologische Fortschritte. Die Konferenz ist ein Forum für Militärs, Politiker und

Konzerne, um Kriegskurs und Rüstungsprojekte voranzutreiben. Die Kriegsangst wird geschürt, jeden Tag eine neue Bedrohung: Drohnensichtungen, Sabotagemeldungen, Alarmismus – auf Basis von Falschbehauptungen statt Fakten. Ein neuer kalter Krieg wird heraufbeschworen. Alles um von sozialen Kürzungen und der endgültigen Militarisierung der Gesellschaft abzulenken. Wir sollen den Gürtel enger schnallen, am besten auf Kanonen wohnen und die Wehrpflicht schlucken. Mit der Behauptung, Rußland wolle die NATO angreifen, wird eine Aufrüstungsorgie begründet. Der abgewählte Bundestag schrieb unbegrenzte

Sonderschulden ins Grundgesetz. So soll das Land „kriegstüchtig“ gemacht werden. Das zielt auf das Führen von Angriffskriegen mit der Gefahr eines Weltkriegs. Zur Verteidigung wäre das nicht notwendig. Was in München debattiert und ausgehandelt wird ist gefährlich. Deshalb ruft das Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz am 14. Februar 2026 zur Demonstration und Protestkette in München auf. Die KPD unterstützt diese Proteste und ruft alle Genossinnen und Genossen und Friedensfreunde auf, sich zu beteiligen.

Der Aufruf und weitere Infos:
www.antisiko.de

Erklärung der revolutionären Regierung Kubas

Die revolutionäre Regierung verurteilt aufs Schärfste die erneute Eskalation der Maßnahmen der Regierung der Vereinigten Staaten gegen Kuba, die darauf abzielen, die Lieferungen von Treibstoff an unser Land vollständig zu blockieren.

Die am 29. Januar 2026 verkündete Anordnung des US-Präsidenten erklärt einen angeblichen nationalen Notstand, aufgrund dessen seine Regierung Handelszölle auf Importe von Produkten aus Ländern erheben kann, die Kuba mit Erdöl beliefern.

Um eine solch extreme Maßnahme zu rechtfertigen, wird im Text der genannten Anordnung eine lange Liste von Lügen und diffamierenden Anschuldigungen gegen Kuba angeführt. Hervorzuheben ist dabei die absurde Behauptung, daß Kuba eine „ungewöhnliche und außergewöhnliche Bedrohung“ für die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten darstelle. Der Präsident und seine Regierung sind sich bewußt, daß niemand oder nur sehr wenige Menschen solche Lügenargumente glauben können, aber das kümmert sie überhaupt nicht. So groß ist ihre Verachtung für die Wahrheit, die öffentliche Meinung und die Regierungsethik, wenn es darum geht, ihre Aggression gegen Kuba zu rechtfertigen.

Mit dieser Entscheidung versucht die Regierung der Vereinigten Staaten durch Erpressung, Drohungen und direkte Zwangsausübung auf Drittländer, zusätzliche Druckmittel zu den wirtschaftlichen Strangulierungsmaßnahmen einzusetzen, die seit Trumps erster Amtszeit angewendet werden, um die Einfuhr von Kraftstoffen in unser Land

zu verhindern. Sie festigt damit eine gefährliche Durchführungsform der Außenpolitik der Vereinigten Staaten, die auf Gewalt und Durchsetzung ihrer Ambitionen basiert, um ihre imperialistische Hegemonie zu garantieren. Gemäß der Ankündigung, maßt sich dieses Land das Recht an, souveränen Staaten vorzuschreiben, mit welchen Nationen sie Handel treiben und in welche sie ihre nationalen Produkte exportieren dürfen.

Die Anordnung des Präsidenten der Vereinigten Staaten stellt somit einen flagranten Verstoß gegen das Völkerrecht dar und verletzt darüber hinaus die Proklamation Lateinamerikas und der Karibik als Friedenszone. Sie bestätigt, daß es die Regierung jenes Landes ist, die die Sicherheit, Stabilität und den Frieden in der Region und in der Welt gefährdet.

Die Regierung der Vereinigten Staaten ist an diesem Punkt angelangt, nachdem sie 67 Jahre lang erfolglos versucht hat, einen echten und legitimen politischen und revolutionären Prozeß zu untergraben und zu zerstören, der auf voller Souveränität, sozialer Gerechtigkeit und der Förderung von Frieden und Solidarität mit dem Rest der Welt basiert.

Die historische Bereitschaft Kubas, mit der Regierung der Vereinigten Staaten einen ernsthaften, verantwortungsvollen Dialog auf der Basis des Völkerrechts, der souveränen Gleichheit, des gegenseitigen Respekts, des gegenseitigen Nutzens, der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten und der uneingeschränkten Achtung der Unabhängigkeit und Souveränität der Staaten zu führen, ist umfassend dokumentiert.

Repression gegen Andersdenkende - Erklärung der KPD

Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) verurteilt die zunehmende Welle staatlicher und supranationaler Repression gegen Kriegsgegner, humanitäre Aktivisten und kritische Journalisten aufs Schärfste. Diese Maßnahmen sind kein Einzelfall, sondern systematischer Ausdruck der antikomunistischen Grundideologie der Bundesrepublik Deutschland seit ihrer Gründung. Von den Berufsverboten der 1970er Jahre bis zu den heutigen Methoden der finanziellen Strangulierung, Kontosperrungen und politischen Sanktionen gegen eigene Bürger zieht sich ein roter Faden: Die herrschende Klasse und ihr Staatsapparat dulden keine Stimme, die den imperialistischen Kriegskurs, die NATO-Aufrüstung und den geschürten Russenhass in Frage stellt.

Unter dem Vorwand der Bekämpfung „russischer Desinformation“ hat die EU 2025 erstmals Sanktionen gegen eigene Staatsbürger verhängt – ohne Straftat, ohne Anklage, ohne Urteil. Betroffen sind zahlreiche Personen und Organisationen, darunter beispielhaft der Berliner Journalist Hüseyin Doğru und der Schweizer Publizist Jacques Baud. Ihr einziges „Vergehen“ besteht darin, eine vom Mainstream abweichende Sicht auf den Ukraine-Krieg zu vertreten. Die

Folgen sind existenzvernichtend: Konten eingefroren, Vermögen beschlagnahmt, Ausreiseverbot, faktisches Berufsverbot durch das EU-Bereitstellungsverbot – sogar private Hilfsleistungen an die Betroffenen werden zur Straftat erklärt.

Humanitäre Helfer wie die des Vereins Friedensbrücke – Kriegsopferhilfe e.V. oder des AK Zukunft Donbass e.V., die jahrelang medizinische und soziale Hilfe in die Volksrepubliken Donezk und Lugansk geleistet haben, werden kriminalisiert und diffamiert. Gegen Aktivisten der Friedensbrücke laufen Verfahren wegen angeblicher Unterstützung „terroristischer Vereinigungen“ (§ 129b StGB) – eine politische Willkür, die selbst vom Internationalen Gerichtshof widerlegt wurde. Ähnlich werden auch andere solidarische Initiativen wie der AK Zukunft Donbass e.V. in denselben Verdacht gerückt und unter Druck gesetzt.

Auch die Rote Hilfe e.V., die einst von der KPD gegründet wurde und bis heute politisch Verfolgte unterstützt, ist massiv betroffen. Die Sparkasse Göttingen kündigte ihr Konto mit der Begründung, sie befürchte US-Sanktionen auf dem Finanzmarkt. Erst das Landgericht Göttingen zwang die Bank per Eilbeschluß, das Konto

Wie jeder weiß, einschließlich der US-Regierung selbst, stellt Kuba keinerlei Bedrohung für die Vereinigten Staaten, ihre nationalen Interessen oder das Wohlergehen ihrer Bürger dar, die zudem stets mit Respekt und Gastfreundschaft behandelt wurden, wenn ihre Regierung ihnen gestattet hat, die Insel zu besuchen. Kuba bedroht oder greift kein anderes Land an. Es ist nicht Gegenstand von Sanktionen seitens der internationalen Gemeinschaft. Es ist ein friedliches, solidarisches und kooperatives Land, das bereit ist, anderen Staaten zu helfen und mit ihnen zusammenzuarbeiten.

Es ist auch das Land eines kämpferischen und widerstandsfähigen Volkes. Der Imperialismus irrt sich, wenn er glaubt, daß er mit wirtschaftlichem Druck und dem Bestreben, Millionen von Menschen Leid zuzufügen, seine Entschlossenheit brechen kann, seine nationale Souveränität zu verteidigen und zu verhindern, daß Kuba erneut unter die Herrschaft der Vereinigten Staaten fällt. Die internationale Gemeinschaft steht vor der unausweichlichen Herausforderung, zu entscheiden, ob ein Verbrechen dieser Art ein Vorbote dessen ist, was noch kommen wird, oder ob Vernunft, Solidarität und die Ablehnung von Aggression, Straflosigkeit und Mißbrauch obsiegen werden.

Wir werden diesem neuen Angriff mit Entschlossenheit, Gelassenheit und der Gewißheit begegnen, daß das Recht ganz auf unserer Seite ist. Die Entscheidung ist gefallen: Vaterland oder Tod, wir werden siegen!

Havanna, 30. Januar 2026

vorerst fortzuführen.

Diese Praxis des Debanking – Kontokündigungen aus politischen Gründen – ist ein zentrales Instrument der modernen Repression gegen linke und antiimperialistische Kräfte.

Die bürgerliche Justiz und die Banken agieren hier als verlängerter Arm der herrschenden Klasse. Sie schützen nicht den Rechtsstaat, sondern den imperialistischen Kriegskurs. Das Schweigen und die Diffamierung durch die bürgerlichen Medien vervollständigen das Bild: Wer den Kriegskurs kritisiert, wird zum „Desinformationsakteur“ gestempelt.

Die KPD erklärt sich solidarisch mit allen Betroffenen – mit den humanitären Helfern im Donbass, den Aktivisten der Kuba-Solidarität, den sanktionierten Journalisten, der Roten Hilfe und allen, die wegen ihres Kampfes gegen Aufrüstung und Imperialismus verfolgt werden.

Internationale Solidarität ist kein Verbrechen – sie ist die Pflicht der Arbeiterklasse!

Hände weg von den Verfolgten!

Nieder mit Repression und Kriegskurs!

Für Frieden, Völkerfreundschaft und Sozialismus!

Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)

EU beschließt 90 Milliarden-Kredit für die Ukraine

Am 4. Februar 2026 hat der Rat der Europäischen Union die Bedingungen für einen Kredit in Höhe von 90 Milliarden Euro an die Ukraine genehmigt. Mit diesem Schritt treibt die EU ihre militärische Eskalationspolitik weiter voran. Das Abkommen soll noch vom Europäischen Parlament bestätigt werden. Nach den beschlossenen Eckpunkten sind 60 Milliarden Euro ausdrücklich für militärische Hilfe vorgesehen, weitere 30 Milliarden Euro dienen der allgemeinen Haushaltsunterstützung der Ukraine. Der Schwerpunkt liegt damit klar auf der Fortsetzung des Krieges. Besonders brisant: Die Zinsen für den Kredit werden aus dem EU-Haushalt gezahlt. Während in vielen EU-Staaten Sozialleistungen gekürzt, Krankenhäuser geschlossen und Reallöhne gedrückt werden, stehen für Rüstung und Krieg offenbar unbegrenzte Mittel zur Verfügung. Der Kredit ist eng an industriepolitische Interessen gebunden. Waffenkäufe sollen überwiegend bei Herstellern aus der EU und der Ukraine erfolgen, wobei zahlreiche europäische Rüstungskonzerne eng mit US-Rüstungska-

pital verflochten sind; nur in Ausnahmefällen sind Käufe in Drittstaaten vorgesehen. Krieg wird so erneut zum Konjunkturprogramm für die Rüstungsindustrie – bezahlt von der arbeitenden Bevölkerung. Darüber hinaus können auch Nicht-EU-Staaten wie Großbritannien Waffenlieferungen über diesen Kredit finanzieren, sofern sie sich finanziell beteiligen. Dieser von Frankreich unterstützte Passus unterstreicht den Anspruch der EU, eine führende Rolle in der militärischen Eskalation des Konflikts einzunehmen. 24 der 27 EU-Staaten beteiligen sich an dem Kredit. Die Slowakei, Ungarn und die Tschechische Republik verweigerten ihre Zustimmung. Am grundsätzlichen Kurs der EU ändert dies jedoch nichts. Der Beschluß zeigt einmal mehr: Die EU setzt nicht auf Frieden und Diplomatie, sondern auf Aufrüstung, Krieg und Profite. Die Rechnung dafür zahlen die Menschen in Europa – sozial, wirtschaftlich und politisch.

Redaktion DRF

Erklärung: Antifaschismus ist unteilbar – auch in Buchenwald

Die Leitung der Gedenkstätte Buchenwald verbietet palästinensische Symbole und zensiert Kritik am Völkermord in Gaza. Buchenwald mahnt - nicht zur Loyalität gegenüber Deutschland und Israel, sondern zu Antifaschismus und Internationalismus.

Wir fordern von der Leitung der Gedenkstätte Buchenwald:

- Eine offene Thematisierung des Völkermords in Gaza in der Gedenkstätte Buchenwald
- Kein Verbot palästinensischer Symbole in der Gedenkstätte Buchenwald und keine Verunglimpfung dieser als antisemitisch.
- Keine Haus- und Sprechverbote wegen Palästina-Solidarität oder Kritik am Apartheidstaat Israel.

Gegen die Vereinnahmung antifaschistischen Gedenkens zur Rechtfertigung neuer Verbrechen.

Lest und unterschreibt das vollständige Statement auf der Webseite:

www.kufiyas-in-buchenwald.org

+++ KURZMELDUNGEN +++

Neuer Milliardenauftrag für Kriegsschiffe

Ende Januar wurde bekannt, daß die Kieler Werft TKMS (Thyssen-Krupp) kurz vor einem Milliardenauftrag der Bundesregierung steht: Sie soll neue Fregatten vom Typ MEKO A 200 für die Deutsche Marine bauen. Die erste Lieferung ist für Ende 2029 geplant. Hintergrund ist das Scheitern der Beschaffung der moderneren Fregatten F126 bei der niederländischen Werft Damen Naval. Zeitgleich machte TKMS Schlagzeilen an der Börse: Kurz nach seinem Börsengang im Oktober 2025 stieg das Unternehmen bereits in den MDAX auf. Kein Wunder – mit solchen Aufträgen steht der Staat, also die Steuerzahler, hinter dem Geschäft. Nicht nur der Deutsche, sondern auch aus Kanada winken Staatsaufträge. In nur zwei Monaten positionierte sich die Werft unter den 50 größten börsennotierten Gesellschaften unterhalb des DAX. Die Milliarden, die jetzt in Rüstung fließen, fehlen im sozialen Bereich: Schulen verfallen, Krankenhäuser werden geschlossen, Pflegekräfte überlastet. Die Profite der Rüstungsindustrie sichern die herrschende Klasse, während die Arbeiterklasse die Kosten trägt. Die KPD fordert: Statt Kriegsvorbereitung müssen diese Mittel in soziale Sicherung, Bildung und Gesundheit fließen. Jede neue Fregatte ist ein Angriff auf Frieden und soziale Gerechtigkeit.

Rheinmetall rüstet auf – der Profit kennt keine Skrupel

Der Rüstungskonzern Rheinmetall beschleunigt die Produktion von Kampf-drohnen. Wie das Unternehmen mitteilte, läuft die Serienfertigung sogenannter Loitering-Munition inzwischen auf Hochtouren. Rheinmetall unterhält sein größtes Werk im niedersächsischen Unterlüß, produziert aber über seine italienische Tochter RWM Italia auch auf Sardinien. Dort werden Elektronik montiert, Sprengköpfe gefertigt und in die Drohnen integriert. Diese Waffen kreisen über Zielgebieten, suchen ihr Ziel und zerstören es durch einen gezielten Selbstmordangriff. Der aktuelle Auftragsbestand umfasst mehr als 200 Millionen Euro, geliefert werden soll an mehrere NATO- und Nicht-NATO-Staaten. Zugleich baut Rheinmetall die sogenannte Sensor-to-Effector-Kette aus: von Überwachung und Zielerfassung über elektronische Störsysteme („Jammer“) bis zur Vernichtung durch Kanonen oder Laser. Was hier als Sicherheit verkauft wird, ist nichts anderes als ein Geschäft mit dem Tod. Während Krankenhäuser schließen und Pflege unbezahlbar wird, floriert die Rüstungsindustrie. Der Kapitalismus kennt keine moralische Grenze. Solange die Waffenproduktion dem Privateigentum des Kapitals unterliegt, wird Krieg produziert, weil er Profit bringt. Frieden ist unter diesen Bedingungen nicht moralische Frage, sondern Klassenfrage.

Kosten steigen: Pflege im Heim wird unbezahlbar

Ende Januar wurde bekannt: Die selbst zu zahlenden Anteile in Pflegeheimen steigen weiter. Im Schnitt müssen Pflegebedürftige im ersten Jahr 3.245 Euro pro Monat zahlen – 137 Euro mehr als im Juli 2025. Besonders teuer ist Bremen mit 3.637 Euro, am „günstigsten“ Sachsen-Anhalt mit 2.720 Euro. In einem Land, das so reich ist, ist es eine Schande, daß alte und kranke Menschen gezwungen werden, solche Summen privat aufzubringen. Die steigenden Kosten sind kein Zufall: Sie zeigen ein System, das Profite über Menschen stellt. Private Betreiber und Kassen sichern ihre Gewinne, die Last aber tragen die Familien. Die KPD sagt klar: Pflege ist eine gesellschaftliche Aufgabe, keine Ware. In der DDR war das Gesundheits- und Pflegewesen zugunsten der Menschen organisiert. Die Eigentumsfrage in diesem Bereich war zugunsten der Bevölkerung – nicht des Kapitals – entschieden. Wer die Pflege dem Profit unterwirft, unterwirft die Menschen der Not. Gute Pflege für alle ist möglich – wenn der Staat seine Verantwortung übernimmt und der Profit abgeschafft wird.

Redaktion DRF

+++ KURZMELDUNGEN +++

Merz fordert mehr Arbeit

Im Januar forderte Bundeskanzler Merz erneut längere Arbeitszeiten und steuerfreie Überstunden. Er klagte über „zu geringe Arbeitsleistung“ – dabei schufteten Millionen Beschäftigte längst über ihre vertragliche Zeit hinaus, viele unbezahlt. Die Krise liegt nicht bei den Beschäftigten, sondern bei den Konzernleitungen. Deutsche Industrie, besonders die Autohersteller, steckt in Problemen: Software versagt, Batterien fehlen, Rohstoffe sind knapp. Statt selbst zu investieren, lagern die Bosse ihre Probleme an US-Tech-Firmen aus – während ihre Profite weiter steigen. Merz macht Politik für seine Klasse: Seine Pläne verschieben die Last auf die Arbeiter: längere Schichten, höhere Belastung, weniger Erholung. Arbeitswissenschaftlich ist klar: Überstunden senken Produktivität, häufen Fehler und zerstören Gesundheit. Anders war es im Sozialismus: In der DDR war Arbeit Grundlage für gesellschaftlichen Nutzen und Mitbestimmung, nicht für Profite. Die Eigentumsfrage bleibt zentral: Wer die Produktionsmittel besitzt, bestimmt, wer zahlt und wer profitiert.

Solidarität wird kriminalisiert

Mit einem nahezu unbeachteten Gesetz hat der Bundestag die Repression gegen politisch Unerwünschte massiv verschärft. Wer Menschen hilft, die von der EU sanktioniert wurden, riskiert künftig bis zu zehn Jahre Haft – selbst bei Unterstützung mit Nahrung, Unterkunft, medizinischer Versorgung oder rechtlicher Beratung. Wir berichteten bereits mehrfach in zurückliegenden Ausgaben über die ganzen Sanktionspakete der EU und deren Folgen.

Mit dem jetzigen Gesetz schafft der Staat faktisch ein Existenzverbot. Sanktionierte verlieren Zugang zu Konten, Wohnungen, Kommunikation und sogar zu Anwälten. Ein rechtsstaatliches Verfahren findet nicht statt. Die EU erklärt die Maßnahmen zur „Außenpolitik“, während im Inneren soziale Vernichtung organisiert wird. Der Fall des Journalisten Hüseyin Droğru zeigt den Charakter dieser Politik: Nicht strafbares Handeln, sondern regierungskritische Berichterstattung reicht aus, um entrechtet zu werden. Solidarität mit Betroffenen wird kriminalisiert – Einschüchterung ist das Ziel. Es handelt sich um Klassenjustiz. Während Konzerne Sanktionsverstöße als Kostenfaktor behandeln, werden einfache Menschen und kritische Stimmen existenziell bedroht. In Zeiten von Krieg, Krise und wachsendem Widerstand rüstet der bürgerliche Staat gegen „Feinde im Inneren“ auf.

Dieses Gesetz richtet sich gegen alle, die den imperialistischen Kriegskurs und die Verarmungspolitik in Frage stellen. Heute trifft es wenige – morgen viele. Solidarität ist kein Verbrechen. Sie ist eine Notwendigkeit im Klassenkampf.

Schlacht von Stalingrad, die vor 83 Jahren, am 2.2.1943 endete

Die Schlacht von Stalingrad, die vor 83 Jahren, am 2.2.1943 endete, führte vor Augen, wie grausam Kriege sind und die Tatsache, daß man sie auf jeden Fall im Interesse der Menschen weltweit verhindern sollte.

Das gilt umso mehr im Atomzeitalter !

Eine Atommacht - wie Rußland - zu provozieren, indem man, wie im Falle der NATO geschehen und geschieht, immer näher an dessen Grenzen rückt, kann tödlich für die ganze Menschheit enden !!

Rußland nimmt mit der Spezialoperation in der Ukraine seit Februar 2022 seine Lebensinteressen wahr, sein Land vor weiteren Kriegen und Faschismus zu schützen. Siehe dabei auch die Stellungnahme des UN-Friedensrates zur Spezialoperation Rußlands in der Ukraine.

Bitte im Internet suchen unter: "Mütter gegen den Krieg Berlin-Brandenburg" und da unter "UN-Friedensrat zur Spezialoperation Rußlands in der Ukraine".

Brigitte Queck, 2.2.2026

Iran im Fadenkreuz des Imperialismus

Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen im Iran werden im westlichen Diskurs fast ausnahmslos als innerstaatliches Geschehen behandelt. Sie erscheinen als Ausdruck eines autoritären Systems, das mit repressiven Mitteln auf gesellschaftliche Unzufriedenheit reagiert. Eine solche Betrachtungsweise ist jedoch unzureichend. Sie abstrahiert die politischen und ökonomischen Prozesse im Inneren des Landes von jenem äußeren Druck, unter dem der Iran seit Jahrzehnten steht, und ersetzt Analyse durch moralische Bewertung. Wer sich ernsthaft mit der Lage befaßt, muß den Iran im Zusammenhang der imperialistischen Weltordnung betrachten, in der er eine strategisch bedeutsame, aber nicht untergeordnete Rolle spielt.

Seit mehr als vierzig Jahren ist der Iran Ziel einer systematischen Politik der wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Isolierung. Diese Politik begann nicht als Reaktion auf konkrete Einzelereignisse, sondern mit dem Sturz des Schahs im Jahr 1979. Mit dem Verlust eines verlässlichen Bündnispartners verloren die USA zugleich einen zentralen Pfeiler ihrer Kontrolle über den Persischen Golf. Die daraufhin einsetzenden Handels- und Finanzrestriktionen waren von Beginn an kein Instrument der Konfliktlösung, sondern Ausdruck eines Machtkampfes um regionale Vorherrschaft.

Nur ein kleiner Teil der gegen den Iran verhängten Maßnahmen beruht auf Beschlüssen des UN-Sicherheitsrats. Der überwiegende Teil wurde einseitig von den USA beschlossen und später von ihren Verbündeten übernommen oder faktisch durchgesetzt. Spätestens mit dem umfassenden Handelsverbot von 1995 und der systematischen Ausweitung sogenannter sekundärer Sanktionen wurde deutlich, daß Washington nicht nur den Iran treffen wollte, sondern auch jene Staaten und Unternehmen, die sich der US-Politik nicht unterordnen. Mit Gesetzen wie dem Iran-Libya Sanctions Act wurde der Anspruch erhoben, US-Recht weltweit durchzusetzen und wirtschaftliche Beziehungen souveräner Staaten zu kontrollieren.

Diese Form der Sanktionspolitik ist keine diplomatische Randerscheinung, sondern ein zentrales Element moderner imperialistischer

Kriegsführung. Sanktionen zielen nicht auf politische Eliten, sondern auf die gesellschaftliche Substanz eines Landes. Sie verteuern Importe, entwerten Einkommen, erschweren Investitionen und treffen damit vor allem die arbeitenden Klassen. Die daraus resultierenden sozialen Spannungen sind kein unbeachteter Nebeneffekt, sondern einkalkuliert. Ökonomischer Druck soll politische Destabilisierung erzeugen.

daß diese Strategie Teil einer langfristigen geopolitischen Konzeption ist, wurde von führenden US-Strategen offen formuliert. Zbigniew Brzezinski, Sicherheitsberater mehrerer US-Regierungen, beschrieb in seinem Buch „Die einzige Weltmacht – Amerikas Strategie der Vorherrschaft“ (1997) Eurasien als das entscheidende Schachbrett der globalen Vorherrschaft. Ziel der US-Außenpolitik sei es, das Entstehen eigenständiger Machtzentren zu verhindern, die sich der Kontrolle Washingtons entziehen könnten. Staaten, die über strategische Ressourcen verfügen, regionale Bündnisse eingehen oder alternative Wirtschaftsbeziehungen aufbauen, geraten aus dieser Perspektive zwangsläufig ins Visier. Der Iran erfüllt all diese Kriterien. Er kontrolliert zentrale Energie- und Verkehrswege, ist politisch und militärisch eigenständig und pflegt enge Beziehungen zu Rußland und China. Für China ist der Iran ein wichtiger Knotenpunkt der Neuen Seidenstraße und ein verlässlicher Energielieferant. Für Rußland ist er ein strategischer Partner im Nahen Osten. Im Rahmen der BRICS-Staaten verkörpert der Iran die Möglichkeit, sich zumindest teilweise dem westlich dominierten Finanz- und Handelssystem zu entziehen. Gerade diese Rolle macht ihn für den US-Imperialismus zu einem Hindernis.

Vor diesem Hintergrund erhalten soziale Proteste im Iran eine andere Bedeutung. Soziale Ungleichheit, wirtschaftliche Probleme und politische Konflikte sind real. Doch sie stehen in engem Zusammenhang mit jahrzehntelanger ökonomischer Blockade. Wenn Proteste eskalieren, wenn öffentliche Infrastruktur zerstört wird und bewaffnete Gruppen auftreten, dann geschieht dies nicht im luftleeren Raum. Die Geschichte der imperialistischen Interventionen zeigt, daß soziale Unzufriedenheit immer wieder gezielt genutzt

und verstärkt wird, um staatliche Strukturen zu schwächen und Regimewechsel vorzubereiten. Eine besondere Rolle spielt dabei die ideologische Begleitmusik im Westen. Nicht nur Regierungen und Leitmedien, sondern auch zahlreiche Kräfte, die sich selbst als links oder progressiv verstehen, übernehmen unhinterfragt die Deutungsmuster der imperialistischen Zentren. Sanktionen erscheinen dann als legitimes Druckmittel, westliche Einmischung als moralische Pflicht. Die Frage nach den ökonomischen Ursachen sozialer Krisen tritt zurück hinter identitätspolitischen Erzählungen, die den Klassencharakter imperialistischer Politik verschleiern.

Diese Haltung ist nicht neutral. Wer Sanktionen relativiert oder ihre Folgen verschweigt, trägt dazu bei, eine Politik zu legitimieren, die Elend erzeugt und es anschließend propagandistisch ausbeutet. Marxistische Analyse beginnt jedoch nicht mit moralischer Empörung, sondern mit der Untersuchung realer Machtverhältnisse. Sie fragt danach, wem eine Entwicklung nützt und in wessen Interesse sie betrieben wird. Die Islamische Republik Iran ist kein idealer Staat und kein sozialistisches Vorbild. Sie ist ein Produkt historischer Widersprüche und innerer Kämpfe. Zugleich ist sie das Ergebnis einer Revolution, die die direkte Kontrolle des Landes durch den Imperialismus gebrochen hat. Diese Tatsache erklärt die anhaltende Aggressivität, mit der der Iran behandelt wird. Die Zerschlagung staatlicher Souveränität ist eine Voraussetzung imperialistischer Neuordnung. Wer politische Orientierung sucht, muß diesen Zusammenhang erkennen. Ohne nationale Souveränität gibt es keine Möglichkeit, gesellschaftliche Konflikte eigenständig auszutragen. Sanktionen, Blockaden und Drohungen sind keine Mittel zur Förderung von Demokratie, sondern Instrumente zur Durchsetzung strategischer Interessen. Sie sind Teil einer Weltordnung, in der Macht über Recht gestellt wird. Diese Einsicht bildet die Grundlage für eine Politik, die nicht an den Parolen des Tages orientiert ist, sondern an den langfristigen Interessen der unterdrückten Klassen weltweit.

M.N.

Agrar-und Umweltinformation Zur Geschichte des ILN Halle(Saale)

Nach der Konterrevolution 1989 in der DDR wurde durch die westdeutschen Massenmedien auch verstärkt die Legende verbreitet, daß in der DDR keinerlei Landschafts- und Umweltschutz betrieben wurde, sondern eine Umweltverschmutzung durch Industrie und Landwirtschaft stattgefunden hat, die quasi alle Flüsse und Böden flächendeckend verseucht habe. Publikationen des Institutes für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e.V. an der Hochschule Neubrandenburg zeigen uns hier aber ein ganz anderes Bild. Eine Buchveröffentlichung zur Geschichte des Institutes für Landschaftsforschung und Naturschutz (ILN) in Halle an der Saale tritt den Gegenbeweis an. Dieses Institut wurde schon im Jahre 1953 also der ganz jungen Deutschen Demokratischen Republik gegründet. Es war damit übrigens das erste Institut dieser Art das in Deutschland gegründet wurde. So wurden die Forschungen dieses Institutes anfangs auf Grundlage des Naturschutzgesetzes der DDR von 1954 durchgeführt. Anfangs gab es als Unterstrukturen auch noch 5 Außenstellen entsprechend der Ostdeutschen Länderstrukturen. Denn die 14 Bezirke der DDR entstanden erst 1952. Das ILN war an die Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR angegliedert. Das Aufgabenspektrum des Naturschutzes hatte sich bereits in den 1960er Jahren auf Fragen des Umweltschutzes erweitert, d. h. auf Bekämpfung des Lärms, Reinhaltung der Gewässer und der Luft, Schutz des Bodens vor Erosion, Müllbeseitigung und, infolge des Übergangs zur industriellen Großraumländwirtschaft, Probleme der Gestaltung und Entwicklung der agrarischen Kulturlandschaft insgesamt. Daraus resultierten fast zwangsläufig Forde-

rungen nach einem umfassenden Gesetz, das nicht nur Fragen des Naturschutzes, sondern des Umweltschutzes regeln sollte. Der Begriff Landeskultur wurde aus seinem traditionellen landwirtschaftlichen Zusammenhang gelöst und auf den Umweltschutz erweitert. „Sozialistische Landeskultur“ wurde fortan



zu einem Synonym auch für „Umweltpolitik“. Bereits 1963 wurden auf Betreiben der Zentralen Kommission Natur und Heimat des Kulturbundes Vorschläge für ein neues Gesetz unterbreitet, das das Naturschutzgesetz von 1954 ablösen sollte. Seit 1968 wurde an diesem neuen Gesetz weiter gearbeitet. Unter der Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen

Demokratischen Republik, Werner Titel, hatte eine Gruppe aus Vertretern der Natur- und Heimatfreunde, des ILN und einschlägiger Hochschulen 1968 die „landeskulturelle Situation“ analysiert und eine Prognose „über die Entwicklung der sozialistischen Landeskultur und ihrer spezifischen Aufgaben“ ausgearbeitet. 1969 wurde eine „Ständige Arbeitsgruppe Sozialistische Landeskultur“, ebenfalls unter der Leitung Titels, eingerichtet, die unter maßgeblicher Beteiligung der Rechtswissenschaftlerin Ellenor Oehler den Entwurf für ein Landeskulturgesetz erarbeitete.

Am 14.5.1970 verabschiedete die Volkskammer nicht nur das Landeskulturgesetz, mit dem das Naturschutzgesetz von 1954 abgelöst wurde. Gleichzeitig wurden mehrere Durchführungsverordnungen (DVO) zu diesem Gesetz erlassen. Vorausgegangen war dem Landeskulturgesetz die Verankerung des Natur- und Umweltschutzes als Staatsaufgabe in Artikel 15 der Verfassung der DDR von 1968. Der Verfassungsartikel beinhaltete nach heutiger Lesart somit den Umweltschutz und die Umweltgestaltung als Staatsaufgabe oder Staatszielbestimmung. Natürlich hat es auf Grund ökonomischer Zwänge, so wie es heute auch ist, Probleme bei der praktischen Umsetzung der Gesetze gegeben. Besonders in der chemischen Industrie. Das aber die DDR sich nicht um den Umwelt- und Naturschutz gekümmert habe, ist schlichtweg eine Lüge. Übrigens wurde das ILN 1991 aufgelöst und die 162 Mitarbeiter mussten sich andere Jobs suchen.

Axel Schmidt

Quelle: Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e.V. an der Hochschule Neubrandenburg



Hingemacht

Icke: Niehoff¹ ist tot... zuerst Schlaganfall und dann verstorben.

Atze: Zualtererst wurde der von Habeck² mit einer Anzeige wegen Beleidigung überzogen. Dann wurde der Familie früh um sechs die Wohnung durchsucht, dann gabs einen Strafbefehl, dann gings vor Gericht, dann bekam er einen Schlaganfall und daraufhin ist er gestorben.

Icke: ...

Atze: Das war quasi Totschlag auf Raten. Zwischen der Razzia und dem Schlaganfall lag ein Jahr. Zwischen dem Schlaganfall und seinem Tod lagen zwei Monate.

Icke: Das erinnert mich an die Dings... die mit dem Pfandbon³.

Atze: Das war ähnlich. Die gute Frau - Barbara Emme - hat die Bedrängnis immerhin um fünf Jahre überlebt.

Icke: Wegen 1,30 € wurde die hingemacht.

Atze: Ja. Angeblich hat sie zwei Leerguthbons gefunden und eingelöst. Einen Monat später wurde ihr fristlos gekündigt.

Icke: Emmely ging vor Gericht.

Atze: Das Ganze zog sich über zwei Jahre. Am 10. Juni 2010 wurde die Kündigung für unverhältnismäßig und damit für unwirksam erklärt. Fünf Jahre später ist sie an Herzversagen gestorben.

Icke: Die hatte doch Kinder.

Atze: Drei Töchter hat Emmely hinterlassen.

Icke: Stefan Niehoff hat eine Tochter.

Atze: Es gibt einen Dokumentarfilm „Schwachkopf-Affäre (Tale of a Meme)“⁴ über die Jagd auf Niehoff.

Icke: Den Film kenne ich. Die da oben hassen und fürchten solche Menschen.

Atze: Ja. Die Macht-haber dieses Regimes sind gefährlich. Brechts

Einschätzung solcher Verhältnisse lautete 1942 so: »Es gibt viele Arten zu töten. Man kann einem ein Messer in den Bauch stechen, einem das Brot entziehen, einen von einer Krankheit nicht heilen, einen in eine schlechte Wohnung stecken, einen durch Arbeit zu Tode schinden, einen zum Selbstmord treiben, einen in den Krieg führen usw. Nur wenig davon ist in unserem Staate verboten.«⁵

Icke: Und die schlagen die kleinen Leutchen mit ihren Gesetzen...

Atze: Bis sie tot sind.

- 1) <https://de.wikipedia.org/wiki/Schwachkopf-Aff%C3%A4re>
- 2) https://www.justiz.bayern.de/media/images/behoerden-und-gerichte/staatsanwaltschaften/bamberg/pm_45-2024-sta_bamberg-_wohnungsdurchsuchung_wg_beleidigung_zu_laste_n_dr_habeck.pdf
- 3) https://de.wikipedia.org/wiki/Fall_Emmely
- 4) <https://www.youtube.com/watch?v=2xvAFT-7jJo>
- 5) Brecht, Bertold, Me-ti Buch der Wendungen, Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag, 1965, S. 59

Aktionstag gegen Wehrpflicht: Jugend ist kein Kanonenfutter

Am 5. März 2026 findet ein bundesweiter Aktionstag gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht statt. Schüler und junge Menschen protestieren damit gegen die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft und gegen Pläne, die Jugend erneut zwangsweise

Die Wehrpflicht ist kein Mittel der „Verteidigung“, sondern Ausdruck der Interessen der herrschenden Klasse. In Zeiten verschärfter imperialistischer Konkurrenz und wachsender Kriegsgefahr soll die arbeitende Jugend zur Reserve für militärische Abenteuer ge-

scheidungen, sondern folgen der Logik des Kapitalismus in der Krise. Wer die Wehrpflicht ablehnt, muss auch das System bekämpfen, das sie hervorbringt. Der Widerstand der Jugend ist daher ein wichtiger Teil des Kampfes gegen Ausrüstung, Kriegsvorbereitung



für militärische Zwecke verfügbar zu machen. Der Aktionstag knüpft an den erfolgreichen Schulstreik vom 5. Dezember 2025 an, als mehr als 55.000 junge Menschen in über 100 Städten gegen das sogenannte „Wehrdienst-Modernisierungsgesetz“ und die drohende Rückkehr der Wehrpflicht auf die Straße gingen.

macht werden, während gleichzeitig Sozialausgaben gekürzt, Schulen vernachlässigt und Perspektiven zerstört werden. Die Kosten der Aufrüstung tragen nicht die Profiteure, sondern die Lohnabhängigen – mit Geld, Zukunft und im Ernstfall mit ihrem Leben. Militarisierung und Krieg sind keine politischen Fehlent-

und kapitalistische Herrschaft. Die Jugend ist bereit, sich zu wehren. Nicht für Nation, Militär und Profite – sondern für Frieden, soziale Sicherheit und eine Zukunft ohne Krieg.

Weitere Informationen und Aufrufe zum Aktionstag:
<https://schulstreikgegenwehrpflicht.com/>

Die Deutsche Demokratische Republik im Spiegel ihrer Kombinate: VEB Kombinat Zellstoff und Papier Heidenau

Die kleinste juristische Einheit in der volkseigenen Wirtschaft der DDR war der VEB, der Volkseigene Betrieb. Intern untergliederte er sich weiter. Weil dies aber nicht juristisch geregelt war, entschied jede Kombinateitung selbst über diese Substruktur, ihre Bildung und Rechtsstellung. So kamen mannigfaltige Unterschiede zwischen ihnen, etwa verschiedene Namen für die Teile zustande: Betriebsteile, Niederlassungen, Produktionsstätten, Bereiche, Werke und dergleichen. Diese Betriebsteile (BT) unterhielten nur innerkombinatliche Beziehungen, weil sie keine juristischen Personen waren. So traten sie in Außenbeziehungen nicht auf, hatten dabei also keine Rechte und Pflichten. Arbeitsrechtlich waren die BT den VEB-Kombinatsbetrieben gleichgestellt. Der Arbeitsvertrag wurde also im allgemeinen mit dem BT unterschrieben. Im Gegensatz zu den VEB machten die BT aber keinen eigenen Plan, bildeten keine eigenen Fonds usw. In der Regel hatte ein „Betriebsteil“ mehr vertikale Struktur als ein rein produzierender „Produktionsbereich“ wie Instandhaltung, Materialwirtschaft oder Qualitätssicherung. D.h., BT hatten meist eine eigene Lohnbuchhaltung, Kaderabteilung etc. Es existierte ein „Betriebsteilleiter“, der den BT nach kollektiver Beratung der Grundfragen in Einzelleitung führte, dem Kombinati-betriebs- (VEB-)Direktor unterstellt und ihm rechenschaftspflichtig war. Im Rechtsverkehr handelte der BT-Leiter logischerweise im Namen des Kombinates.

In 128 Werken, zusammengefaßt im VEB Kombinat Zellstoff und Papier Heidenau, produzierten 1988 ca. 30600 Werktätige mit u.a. 140 Papiermaschinen eine halbe Million Tonnen Zellstoff, 200000t Holzschnitz und 1,4 Mio t Papier, Karton und Pappe. Stammbetrieb dieses großen Kombinates, welches komischerweise, vielleicht wegen seiner engen Verwobenheit mit dem Kombinat SERO, dem Ministerium für Glas und Keramik unterstand, war der VEB

Zellstoff und Papier Heidenau. Die Kombinate-leitung befand sich in der Pirnaer Straße 31/33. Generaldirektor Wurdinger unterstanden daneben der VEB Papier- und Kartonwerke Schwedt, der VEB Papiermaschinenwerke Freiberg (PAMA), der VEB Papierfabriken Penig, der VEB Vereinigte Papier- und Kartonfabriken Niederschlema, der VEB Preßspan- und Spezial-Papierwerke Zwönitz, der VEB Freiburger Zellstoff- und Papierfabriken zu Weißenborn, der VEB Papierfabrik Kriebstein und etliche kleinere Betriebe, wobei die einzelnen VEB i.d.R. noch viele Betriebsteile umfaßten.

In der Fachzeitschrift der westdeutschen Papierindustrie schätzte man die Arbeitsproduktivität des Zweiges in der DDR auf nur 20% derjenigen der BRD. Aber wir haben in dieser Serie schon mehrfach auf die verzerrte, weil betriebs- statt volkswirtschaftlich orientierte BRD-Statistik hingewiesen. Bei dieser Berechnung bleibt außen vor, daß zu den DDR-Papierfabriken Kindergärten, Kinderkrippen, Wäschereien, Kantinen, Ferienheime usw. gehörten, die der Klassenfeind nicht als Kosten bzw. Aufwand rechnet, sondern als Extra-Wertschöpfung. Allerdings gab es trotzdem einen Rückstand in der Arbeitsproduktivität: Pro Papiermaschine erzeugte die DDR 10000 Tonnen Papier o.ä. pro Jahr, die BRD aber 30000t/a. Außer dem Werk in Schwedt gab es keine Neugründung einer Papierfabrik. Mangels Kapazitätsaufbau wurde aber seit 1945 keine einzige Papierfabrik stillgelegt, wodurch eine Überalterung des Produktionsmittelbestandes unausweichlich war. An der Rationalisierung und Qualitätssteigerung wurde dennoch zielstrebig im 1951 gegründeten Institut für Zellstoff und Papier in Heidenau geforscht. In diesem Wissenschaftlich-Technischen Zentrum des Kombinates arbeiteten am Ende der DDR 170 Leute, davon 90 Hoch- und Fachschulkader.



Die Verteilung der Betriebe ergab sich aus der Rohstofffrage: Das Holz wurde früher aus den Mittelgebirgen bergab gefloßt. Weil sich die Forstfachschule Tharandt im Erzgebirge befand und so dort gezielt Nutzwald aufgebaut wurde, konzentrierte sich die Papierindustrie im Erzgebirge oder an dessen Fuß. Allerdings importierte die DDR noch massenhaft Papierzellstoff, vor allem aus der UdSSR (Ust-Ilimsk) und Rumänien (Donau-Delta). Grund war einerseits der eigene Holzmangel, andererseits die Forcierung der Bereitstellung von Viskosezellstoff für die chemische Industrie. Die Altpapiereinsatzquote betrug 50%.

Wie groß die Vielfalt der erzeugten Papiersorten war, zeigt bereits ein flüchtiger Blick in die Kombinatbetriebe und Betriebsteile:

Das Werk Fährbrücke, BT von Niederschlema, produzierte unter Betriebsdirektor (BD) Buschmann auf zwei Papiermaschinen (PM) 14000t Pergamentersatzpapier pro Jahr, auf je einer PM holzfreies Offsetdruckpapier und Etikettenpapier sowie Diagrammroh-papier. 850 Arbeitskräfte (AK) im Jahr schufen 70000t davon. 12000t EDV-Papier wurden 1989 in die BRD, 8000t Diagrammroh-papier in die UdSSR exportiert.

1000 AK, davon 30 für die gesamte VEB-Forschung, erzeugten im Werk Weißenborn des Freiburger VEB 44000t/a an Spezialpapieren (gehobenes Buchdruckpapier, Fotoroh-, Lichtpaus-, Wasserzeichenpapier u.a., 10% Weltmarktanteil!). Zudem gab es dort ein Faserplattenwerk. Filterpapier für die Autoindustrie machte man in den BT Niederschlag und Plattenau, Banknoten-, Seekarten-, Dokumenten- und Wertpapiere im BT Königstein. Dort und im BT Elterlein (auch Kaffefilterpapier) des gleichen VEB sowie in den BT Wernsdorf und Bockau des VEB Papierfabrik Kriebstein wurde Briefumschlagpapier geschaffen. Das Stammwerk dieses VEB wurde

von BD Kügler geleitet und befindet sich im Kriebethal, direkt unterhalb der Staumauer der Talsperre Kriebstein des Flusses Zschopau, denn diese Fabrik hat die Konterrevolution überlebt. 1989 waren dort 730 AK tätig, davon ein Drittel Frauen und 180 AK in der Verwaltung einschließlich Küche, Reinigung, Wäscherei usw. 160 Leute arbeiteten in der Werkstatt, davon 66 Schlosser, 22 Elektriker, 22 Bau-fachleute und 14 Regelungstechniker. Je 5% der AK stammten aus Polen, Kuba und Mocambique. Auf drei PM wurde jährlich mit 50000t Zeitungsdruckpapier, 20000t Tissue (davon 3500t Taschentücher, 1200t Servietten-/Toilettenpapier/Windeln, DDR-Alleinhersteller) und 4000t Pack- und Seidenpapieren ein Umsatz von 300 Millionen Mark erreicht. Die leistungsstärkste Papiermaschine mit 4,0m Arbeitsbreite erzeugte aus 35% Altpapier, 50% Holzschnitz und 15% Sulfatzellstoff pro Minute 630m Zeitungspapier. Die BT der Papierfabriken Penig (BD Lorenz) produzierten grafische Papiere und Transformatorpapiere (Willischthal), Tapetenroh-papier (Lunzenau), Karteikarten, Fotoalbenkarton (Wolkenburg), Seidenpapiere (Göritz-hain), Zigarettenpapier (Muskau), Karteikarton, Rohfasertapete (Rochsburg) und 30000t/a Laminat- und Dekorpapiere (ein Zehntel der Weltproduktion) in Penig selbst. In Reisewitz stand ein Beschichtungswerk zur Veredelung von Selbstdurchschreibepapieren, Silikonpapieren und abwaschbaren Papieren.

Die PAMA Freiberg, der Maschinenbaubetrieb der Papierindustrie mit seinen 870 Leuten, davon 155 in der Konstruktions- und Projektierungsabteilung, wurde zum 1.1.1971 von der VVB Polygraph zum Kombinat Zellstoff und Papier übergeleitet. Den vormaligen 65% betragenden Exportanteil (CSSR, Polen, Bulgarien, Rumänien, China) konnte das Werk nicht mehr aufrechterhalten, denn fortan wurden seine Kapazitäten im eigenen Kombinat gebraucht. Bei einem Jahresumsatz von 80 Mio M 1989, einem Gewinn von 17 Mio M (14 davon abgeführt, 3 für eigene Investitionen) sank der Export auf 5% der Gesamtproduktion.



Die rote Feder

Heinrich Heine – Dichter der Revolution

Am 17. Februar jährt sich der Todestag Heinrich Heines. Gestorben 1856 im Pariser Exil, gehört Heine zu jenen deutschen Dichtern, die bis heute gelesen werden – und zugleich gründlich mißverstanden sind. Im Schulunterricht begegnet man ihm meist als romantischem Lyriker, als scharfzüngigem Ironiker oder als Autor des „Loreley“-Lieds. Weit weniger bekannt ist der politische Heine: der radikale Demokrat, der kompromisslose Kritiker von Adel, Kirche und Bourgeoisie, der Sympathisant der frühen kommunistischen Bewegung.

Heine verstand Literatur nie als bloße Zierde.



Heinrich Heine mit Jenny und Karl Marx.

Seine Texte sollten eingreifen, aufklären, verletzen, wachrütteln. Besonders deutlich wird das im „Weberlied“ von 1844. In schneidend klaren Versen gibt Heine den schlesischen Webern eine Stimme, die den Fluch gegen Gott, König und Vaterland aussprechen – gegen eine Ordnung, die Elend und Hunger hervorbringt. Das Gedicht war ein Skandal, wurde verboten und machte Heine endgültig zum Staatsfeind. Es ist eines der frühesten großen Gedichte der deutschen Arbeiterbewegung.

Auch sein letztes größeres Werk, „Lutetia“, eine Sammlung politischer Feuilletons aus Paris, zeigt Heine als hellsehtigen Analysten der Klassengesellschaft. Hier schreibt er über die sozialen Kämpfe seiner Zeit, über Revolution, Reaktion und die Angst der Besitzenden. Heine stand in engem Austausch mit Sozialisten und Kommunisten seiner Epoche, bewunderte Marx und erkannte früh die Sprengkraft der sozialen Frage.

Heine war kein Dichter des stillen Rückzugs, sondern der Unruhe. Ihn zu ehren heißt, ihn nicht zu entschärfen – sondern ihn als das zu lesen, was er war: ein revolutionärer Geist mit scharfem Verstand und ungebrochener Aktualität.

M.N.

NACHRUF

des Verbandes zur Pflege der Traditionen der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR

Das Leben eines aufrechten Sozialisten und Offiziers der Volksmarine der Deutschen Demokratischen Republik hat sich vollendet.

Wir trauern um

Fregattenkapitän a.D. Professor Doktor Hans Fischer



04.09.1936 - 25.11.2025

Hans Fischer gehörte zu der Generation, die noch als Kinder unter den Schrecken und Folgen des Krieges litten, die dann aber auch in der Deutschen Demokratischen Republik erlebten, wie sich der Staat der Arbeiter und Bauern für ein Leben seiner Bürger in Frieden und Wohlstand einsetzte und der jungen Generation, unabhängig vom Beruf der Eltern, gleiche Bildungschancen bot.

Dem weiteren Aufbau und Schutz dieser neuen, besseren Gesellschaft widmete Hans Fischer sein künftiges Leben. Folgerichtig trat er nach dem Abitur im August 1954 den Dienst bei der KVP-See an, studierte an der Seeoffiziersschule Stralsund und wurde 1958 zum Unterleutnant zur See ernannt. Den damaligen Bestimmungen entsprechend, arbeitete er danach ein Jahr in der sozialistischen Produktion im Uranbergbau und trat Ende 1959 den Dienst als Kommandant eines Torpedoschnellbootes an. Seine weitere Tätigkeit führte ihn als Mitarbeiter in die Abteilung Operativ des Kommandos der Volksmarine und als Lehroffizier an die Militäarakademie „Friedrich Engels“. In dieser Dienststellung promovierte er 1965 zum Dr. rer.mil.

Von 1969 bis 1989 war er im Zentralinstitut für sozialistische Wirtschaftsführung beim Zentralkomitee der SED tätig, wurde dort 1986 zum Professor berufen und 1988 für seine Leistungen mit der Verleihung des Nationalpreises geehrt.

Nach dem Anschluss der DDR an die BRD setzte er sich für die Wahrung der Rechte der DDR-Bürger und besonders für die Angehörigen der Nationalen Volksarmee und der anderen bewaffneten Organe der DDR ein.

Im Jahre 2009 wurde er Mitglied des „Traditionsverbandes der NVA“ zu dessen Präsidenten er im Jahre 2011 gewählt wurde. Er war Gründungsmitglied unseres „Verbandes zur Pflege der Traditionen der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR“ und arbeitete im Vorstand und im Ältestenrat mit. Genosse Hans Fischer wurde für seine aktive Arbeit im Verband mit der Ehrennadel des Verbandes und der Ehrenmitgliedschaft geehrt. Wo immer Hans Fischer tätig war, ob als Offizier der Volksmarine, als Wissenschaftler oder ehrenamtlich in Parteien und Organisationen, setzte er sich mit ganzer Energie für die Erfüllung der stehenden Aufgaben ein und war damit Vorbild für seine Genossen.

Wir werden seinem Wirken für die Deutsche Demokratische Republik, die Volksmarine und unseren Verband ein ehrendes Gedenken bewahren.

Unser tief empfundenes Mitgefühl gilt seinen Angehörigen.

Für den Vorstand:
Herbert Prauß
Oberst a.D.

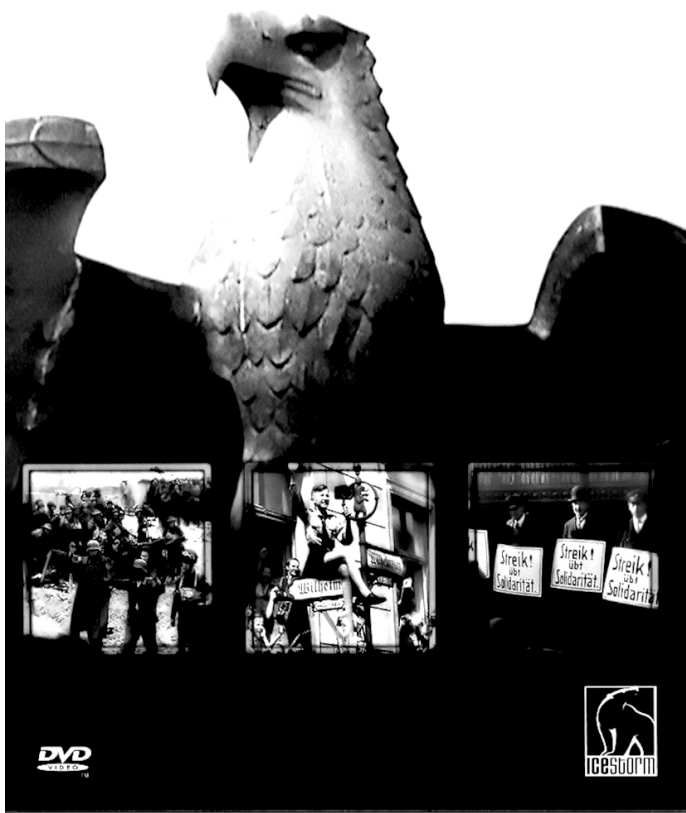
Für den Ältestenrat:
Manfred Jonischkies
Generalmajor a.D.

Für die Regionalgruppe Berlin:
Siegfried Eichner
Oberstleutnant a.D.

Die Rote Bücherock

Im Land der Adler und der Kreuze

Bilder aus der deutschen Geschichte



Heute eine Empfehlung aus dem DEFA-Studio für Dokumentarfilme aus dem Jahr 1980.

Durch intensive Recherche- und Archivarbeit gelang es dem Regisseur Joachim Hellwig, mit bislang unbekanntem Dokumentenmaterial einen Kompensationsfilm zusammenzustellen, der das „skrupellose Spiel mit den Gefühlen, die geschickte Öffnung der Gehirne der Menschen für die permanente Offensive nationalsozialistischen Gedankenguts“ offenbart und offene Anklage wegen vergangener, ungesühnter Verbrechen sowie gegenwärtiger, unerkannter Gefahren erhebt – so der Progress-Filmverleih vor 45 Jahren.

Und warum soll ich mir das heute noch ansehen? Vielleicht, weil wir, der einstige und heute wieder erklärte Hauptfeind des Faschismus – der Kommunismus, Marxismus und die Internationale –, ausgerottet werden sollte und soll. Der braune Schoß gebiert schon lange wieder die Henker der Welt, und das Kapital bedient sich, seines Überlebens willen, dieses Steigbügelhalters. Wer das ewige Strickmuster des Völkermordes nicht erkennt, macht sich schuldig. Schaut euch an, wohin das führt – es wird der letzte Krieg eingeläutet! Werdet nicht zu Opfern des Faschismus!

Die DVD ist im Handel noch erhältlich und auf YouTube zu finden.

Cornelia Noack

Abhängigkeiten: Gaslieferantenwechsel

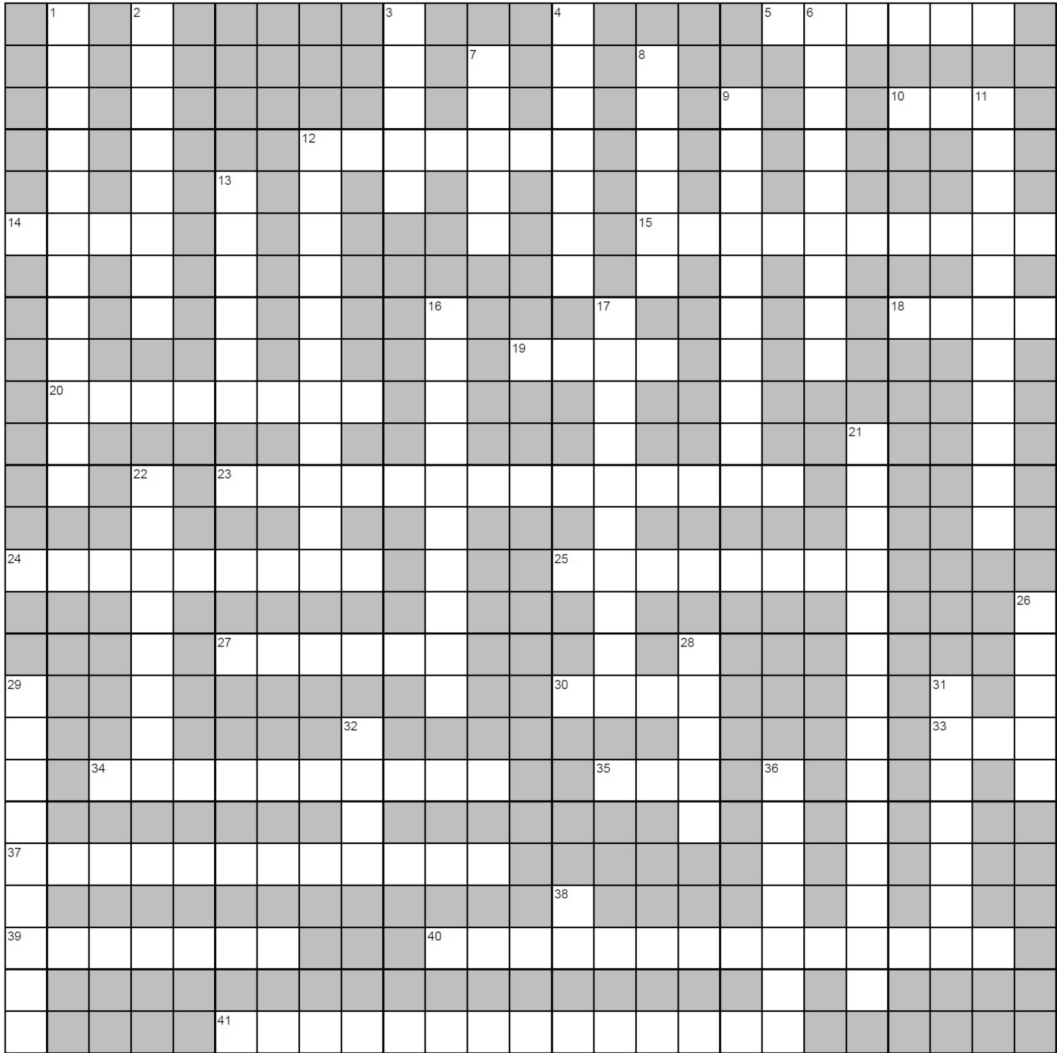
Die EU erklärt den Rückgang russischer Gasimporte gern zum Beweis politischer Handlungsfähigkeit. Tatsächlich wurde keine Abhängigkeit überwunden, sondern lediglich eine andere begründet. Zwischen 2019 und 2025 brachen die Gasimporte aus Russland um 81 Prozent ein – von 203 auf nur noch 38 Milliarden Kubikmeter. Wir haben in den vergangenen drei Jahren immer wieder ausführlich über die Politik der Abhängigmachung von US-Frackinggas berichtet. An die Stelle russischen Pipeline-Gases tritt in wachsendem Maße US-amerikanisches Flüssiggas. Im selben Zeitraum stiegen die Lieferungen aus den USA um 485 Prozent – von 14 auf 83 Milliarden Kubikmeter. Die Abhängigkeit bleibt, ihr Zentrum hat sich verschoben. 2025 stammten bereits 59 Prozent der Flüssiggasimporte der EU aus den USA; ohne das eng integrierte Norwegen liegt der US-Anteil sogar bei über 61 Prozent. Auch interne Analysen der EU zeigen nun, was öffentlich nur zögerlich ausgesprochen wird: US-LNG ersetzt nicht nur Lieferungen aus Russland, sondern verdrängt auch andere Anbieter. Damit verengt sich der Spielraum der EU-Staaten in der Energieversorgung erneut. Preissteigerungen, Versorgungsrisiken und politische Erpressbarkeit sind die absehbaren Folgen. Diese Entwicklung ist kein Betriebsunfall der Politik, sondern Ausdruck der bestehenden Machtverhältnisse. Energiepolitik wird im Kapitalismus nicht nach gesellschaftlichen Bedürfnissen gestaltet, sondern nach Profitinteressen und geopolitischer Zweckmäßigkeit. Die USA nutzen ihre Stellung als Energielieferant, um wirtschaftlichen und politischen Einfluss zu sichern. Wer von „Energiesouveränität“ spricht, ohne die Eigentums- und Machtfrage zu stellen, betreibt Augenwischerei. Solange die Energieversorgung dem kapitalistischen Markt und imperialistischen Interessen unterworfen bleibt, wird Abhängigkeit nur ihren Namen wechseln.

Redaktion DRF

Nachruf auf Michael Parenti

Am 24. Januar 2026 starb der US-amerikanische Marxist Michael Parenti im Alter von 92 Jahren. Zu seinen bekanntesten Werken gehören „Blackshirts and Reds - Rational Fascism and the Overthrow of Communism“, „Inventing Reality - Politics of News Media“, „Make-Believe Media - The Politics of Entertainment“, „History as Mystery“, „Democracy for the Few“, „Power and the Powerless“, „The Sword and the Dollar“, „Against Empire“, „Dirty Truths“, „To Kill A Nation - The Attack on Yugoslavia“, „The Assassination of Julius Caesar“, „Superpatriotism“ und unzählige Artikel und Reden, in denen er unermüdlich immer und immer wieder in für alle verständlicher Sprache die Grundlagen des Marxismus erklärte, sei es zu Imperialismus, über den Faschismus, die bürgerliche „Demokratie“ oder die Massenmedien. Zeit seines Lebens befand er sich auf Seite der Ausgebeuteten und Unterdrückten der Welt, und dafür wurde er zensiert und totgeschwiegen. Leider wurden nur wenige seiner Werke ins Deutsche übersetzt. Auch nach 1990 behielt er seine proletarische Klassenposition fest bei und verteidigte den Kommunismus und Revolution, zu seinen bekanntesten Sprüchen gehörte: „Der Kommunismus hat funktioniert, und er funktionierte für hunderte Millionen Menschen.“ (aus seinem Vortrag: Reflections on the Overthrow of Communism). Möge die Zukunft ihn so würdigen, wie er es verdient hat.

Teste dein Wissen



Waagerecht
5. Triebkraft kapitalistischer Wirtschaft - 10. sozialistischer Staat (1949-1990) - 12. Nicaraguanischer Freiheitskämpfer - 14. im Kapitalismus wird alles zu ihr - 15. Machtpolitik im globalen Raum - 18. ThyssenKrupp Marine Systems - 19. Staat im Fokus imperialistischer Sanktionen - 20. südamerikanischer Wirtschaftsblock - 23. Überführung öffentlichen Eigentums in private Hände - 24. rohstoffreiche Insel - 25. durch Störsender im Iran blockiert - 27. Hauptfigur in der Dreigroschenoper - 30. Schrieb "Der Bürgerkrieg in Frankreich" (1871) - 33. Vereinte Nationen - 34. politische Herrschaftsform, oft nur formal - 35. führende imperialistische Weltmacht - 37. extrem reiche Kapitalbesitzer - 39. zweitgrößtes Land Europas - 40. verschmolzene Macht großer Konzerne - 41. Frage nach Besitz und Kontrolle der Produktionsmittel

Senkrecht
1. Wirtschaftssystem - 2. Physiker - 3. deutscher Dichter gest. 17.2.1856 in Paris - 4. systematische Vernichtung eines Volkes - 6. natürliche Ressourcen - 7. Bündnis aufstrebender Staaten - 8. ist unterfinanziert - 9. Umsturz der gesellschaftlichen Verhältnisse - 11. liefert das Laser-Licht-Modul für das G95 - 12. Sozialistischer Vielvölkerstaat - 13. entführter Präsident - 16. wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen - 17. seit Jahrzehnten unter Besatzung - 21. Führt 1946 in Sachsen zur Übergabe von Betrieben in das Eigentum des Volkes - 22. Kriegsschiff - 26. Ort in den Schweizer Alpen - 28. eine NGO - 29. Mitbegründerin der KPD - 31. Letztes Werk Heines - 32. palästinensisches Küstengebiet - 36. lateinisch berauben, ausrauben - 38. Fluss in Italien

Schachrätsel



Weiß ist am Zug und setzt in zwei Zügen matt. Es gibt nur einen richtigen ersten Zug für Weiß. Welcher ist es?

Auflösung aus 12/2025

Kreuzworträtsel:

Waagerecht
1. KOLLABORATION - 5. BLACKROCK - 7. HECKLER&KOCH - 8. ZUKUNFT - 9. EINSTEIN - 11. SAMEN - 13. BAUERNAUFSTAND - 15. WACHSTUM - 17. ARES - 20. DIX - 21. LICHT - 24. OST - 28. PO - 30. REICHTUM - 31. LUXEMBURG - 32. MARX - 34. VERGELTUNG - 35. FLUCHT - 37. ISRAEL - 38. SEINE - 42. UTOPIE - 43. VOLKSENTSCHEID - 44. HOELZ - 45. ZIEGENHALS - 46. WOLGA

Senkrecht
1. KOLLEKTIV - 2. RHEINMETALL - 3. SCHULD - 4. HUETTEN - 6. LUANDA - 7. HUNGER - 10. TOBASI - 12. DDR - 14. LORCA - 16. HOFFNUNG - 18. SPARTA - 19. GENOSSE - 22. IMPERIALISMUS - 23. AITMATOW - 25. SCHMUGGEL - 26. ZWANGSNEUROSE - 27. RAFALE - 29. GIER - 33. ATHENE - 34. VERNE - 36. MACKIE - 39. HYDRA - 40. JENIN - 41. PLAN

Schachrätsel:

1.Ke6d7 Kf8g8 2.Kd7e7 Kg8h8 3.f5f6 gx16 4.Ke7f7 f5 5.g6g7+ Kh7 6.g8=D+ Kh6 7.Dg6#

KALENDARIUM - FEBRUAR

Gedenk- und Feiertage

- 08. Februar: Tag des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in der DDR
- 11. Februar: Tag der Zivilverteidigung in der DDR
- 2. Sonntag im Februar: Tag der Werktätigen des Post- und Fernmeldewesens in der DDR
- 3. Sonntag im Februar: Tag der Mitarbeiter des Handels in der DDR

Historische Ereignisse

- 1848: Im Februar erscheint in London das „Kommunistische Manifest“, das erste gemeinsame Werk von Karl Marx und Friedrich Engels.
- Februar 1907: Karl Liebknecht veröffentlicht „Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung“.
- 02.02.1943: Die Stalingrader Schlacht wird beendet. Die sechste deutsche Armee kapituliert. Es tritt die Wende im Großen Vaterländischen Krieg durch den sowjetischen Sieg ein.
- 03.02.1930: Gründung der Kommunistischen Partei Vietnams.
- 04. bis 11.02.1945: Konferenz der Großmächte UdSSR, USA und Großbritannien in Jalta.
- 04.02.1946: 1. Hochofen der sowjetischen Besatzungszone in Unterwellenborn in Betrieb genommen
- 05.02.1956: Der XX. Parteitag der KPdSU tagt in Moskau, auf dem Parteivorsitzender Nikita S. Chruschtschow seine „Geheimrede“ hält.
- 07.02.1933: Letzte Tagung des ZK der KPD im Sporthaus Ziegenhals in Zeuthen unter der Leitung von Ernst Thälmann.
- 08.02.1950: Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR
- 09. bis 11.02.1946: Gründung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB)
- 10.02.1960: Die Volkskammer der DDR beschließt das Gesetz über die Bildung des Nationalen Verteidigungsrates und beruft Walter Ulbricht am 11.02. zum Vorsitzenden
- 20.02.1965: Die Volkskammer beschließt Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem
- 20.02.1967: Die Volkskammer beschließt das Gesetz über die Staatsbürgerschaft der DDR
- 22. bis 23.02.1947: Gründung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN).
- 23.02.1918: Gründung der Roten Armee (Tag der Roten Armee), die am selben Tag einen Sieg bei Pskow und Reval zu verzeichnen hatte.
- 26.02.1946: Es findet die zweite Sechziger Konferenz von KPD und SPD statt.
- 26.02.1956: Protest westdeutscher Professoren gegen die atomare Bewaffnung.
- 27.02.1933: Das KPD-Zentralorgan „Die Rote Fahne“ erscheint mit der letzten legalen Ausgabe.
- 28.02.1966: Antrag auf Aufnahme der DDR in die UNO

Historische Personen

- 01.02.1934: John Scheer von den Nazis ermordet.
- 02.02.1917: Karl Gass geboren.
- 05.02.1945: Theodor Neubauer gestorben
- 10.02.1898: Bertolt Brecht geboren.
- 12.02.1814: Jenny Marx geboren.
- 16.02.1941: Kim Jong Il geboren
- 17.02.1856: Heinrich Heine gestorben
- 22.02.1840: August Bebel geboren.
- 22.02.1943: Hans und Sophie Scholl sowie Christoph Probst von den Nazis hingerichtet.
- 24.02.1902: Herbert Warnke geboren.
- 27.02.1846: Franz Mehring geboren.

KONTAKTADRESSEN DER KPD

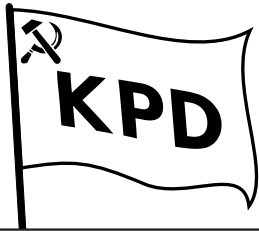
- **Kommunistische Partei Deutschlands**
Zentralkomitee
Johannesstraße 156
99084 Erfurt
Mobil 0170/1831495
Telefon 0361/64458760
E-Mail: post@k-p-d.org
Büro: Jeden ersten Mittwoch, 19:00 Uhr, bitte vorher unter Mobil (s.o.) anmelden
- **Redaktion „Die Rote Fahne“**
siehe Impressum (S. 7 rechts unten)
- **KPD-Landesorganisation Berlin/Brandenburg**
c/o Werner Hänsel
E-Mail: ll.berlin.brandenburg@k-p-d.org
http://berlin.brandenburg.k-p-d.org
- **Ansprechpartner für Brandenburg:**
c/o Cornelia Noack
E-Mail: cornelianoack@gmx.net
- **KPD-Landesorganisation Sachsen**
Email: ll.sachsen@k-p-d.org
- **KPD-Regionalorganisation Dresden**
c/o Torsten Reichelt
E-Mail: ro.dresden@k-p-d.org
Kontakt Oberlausitz: 03583/69 07 45
- **KPD-Regionalorganisation Leipzig/Umland**
c/o Patrick Büttner
E-Mail: ro.leipzig-umland@k-p-d.org
- **KPD-Landesorganisation Sachsen-Anhalt**
E-Mail: sachsen-anhalt@k-p-d.org
- **Kontakt: Halle/Bernburg**
E-Mail: ro.halle-bernburg@k-p-d.org
- **Kontakt: Zeitz**
E-Mail: ro.zeitz@k-p-d.org
- **KPD-Landesorganisation Thüringen**
- **KPD-Regionalorganisation Erfurt**
- **KPD-Regionalorganisation Bad Langensalza und Umland**
c/o Torsten Schöwitz
Johannesstraße 156
99084 Erfurt
- **KPD Hessen**
E-Mail: hessen@k-p-d.org
- **KPD Mecklenburg-Vorpommern**
c/o Lothar Piechowski
Klein-Lehmhagenersdorfstraße 31
18507 Grimmen
Telefon 038326 / 42 47 99
- **KPD NRW**
E-Mail: nrw@k-p-d.org
- **KPD Wasserkante**
E-Mail: wasserkante@k-p-d.org

ZITAT

MORDOR

Zwischen zwei Weltge-
wässern liegst du da,
Heimstatt des Terrors,
Mordamerika.

Peter Hacks



IMPRESSUM:

Die Rote Fahne

ISSN 1433-6383
Herausgeber: Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands.
Presse-, Publikations- und Informationsdienst der KPD -PPI- Eigenverlag und Vertrieb „Wilhelm Pieck“.
Redaktion: „Die Rote Fahne“ / „Schriftenreihe der KPD“.
Redaktionsanschrift: Die Rote Fahne, Johannesstraße 156, 99084 Erfurt.
Internet-Homepage: www.drf.k-p-d.org
E-Mail: info.drf@k-p-d.org
Für Artikel: redaktion-drf@k-p-d.org
Abonnement: abo-drf@k-p-d.org
Bankverbindung: Berliner Sparkasse - IBAN: DE23 1005 0000 1813 0614 63 - BIC: BELADEBEXX.
Chefredakteurin: Iris Harnack, V.i.S.d.P. | Stellvertreter: Karsten Günther
Erstellt mit SCRIBUS - Open Source Desktop Publishing
Druck: Druckerei Böhlau, Ranftsche Gasse 14, 04103 Leipzig
Die „Die Rote Fahne“ ist als Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands ihrem Programm verpflichtet.
Für namentlich gekennzeichnete Beiträge tragen die Autoren die Verantwortung. Deren Meinung muß nicht mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen. Unsere Autoren schreiben sämtlich honorarfrei. Die Redaktion arbeitet ehrenamtlich. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.
Redaktionsschluß für „Die Rote Fahne“ März 2026: 10. Februar 2026.

+++ INTERNATIONAL +++ INTERNATIONAL +++

Hände weg von Venezuela!

Aufruf an alle Kommunisten und
friedliebenden Menschen! Erklärung
der KPD vom 3.1.2026

Die Kommunistische Partei Deutschlands verurteilt den offenen, völkerrechtswidrigen Angriff des US-Imperialismus auf die souveräne Bolivarische Republik Venezuela. Am frühen Morgen des 3. Januar, um 2 Uhr Ortszeit hat die US-Luftwaffe Venezuela angegriffen. Es gab Angriffe sowohl in der Hauptstadt Caracas als auch in anderen Orten. Nach übereinstimmenden Berichten internationaler Medien und nach eigenen Behauptungen des US-Präsidenten haben Streitkräfte der Vereinigten Staaten den venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro und seine Ehefrau gewaltsam außer Landes verschleppt. Diese Entführung eines legitimen Staatsoberhauptes stellt einen beispiellosen Akt imperialistischer Willkür dar und bedeutet faktisch einen Staatsstreich von außen.

Was hier geschieht, ist kein Einzelfall, sondern Teil einer langen Kette von Verbrechen des US-Imperialismus gegen die Staaten Lateinamerikas. Sanktionen, Blockaden, Putschversuche, gezielte Morde und militärische Gewalt dienen einem einzigen Zweck: der Unterwerfung souveräner Staaten unter die Interessen des Monopolkapitals. Dafür werden Kriege gemacht.

Durch diesen Angriff will sich das US Kapital den Zugriff auf die weltweit größten Erdölvorräte und weitere Ressourcen sichern. Der Angriff richtet sich nicht nur gegen Venezuela, sondern gegen alle fortschrittlichen, antiimperialistischen Kräfte der Region – insbesondere auch gegen das sozialistische Kuba. Es geht um Kontrolle über Ressourcen, um Macht, um die Aufrechterhaltung imperialistischer Vorherrschaft.

Die KPD fordert:

- die sofortige Freilassung von Präsident Nicolás Maduro und seiner Ehefrau,
- die unmissverständliche Verurteilung dieser Aggression durch die Bundesregierung,
- eine offizielle Anklage der USA wegen Bruchs des Völkerrechts vor der UNO.

Das Schweigen der deutschen Regierung ist Mitschuld. Wer angesichts dieses Verbrechens schweigt, ordnet sich der „US-Sicherheitsstrategie“, welche defacto eine Kriegsstrategie ist unter und stellt sich gegen Frieden und Völkerrecht.

Die KPD erklärt ihre uneingeschränkte Solidarität mit dem venezolanischen Volk und seiner legitimen Regierung. Wir rufen alle fortschrittlichen Kräfte auf, sich an Kundgebungen, Protesten und Solidaritätsaktionen zu beteiligen und diese aktiv zu organisieren.

Völker der Erde, steht auf!
Wehrt euch gegen imperialistische Gewalt und Krieg!
Hände weg von Venezuela!

Literaturempfehlung: Albert Norden: "So werden Kriege gemacht. Über Hintergründe und Technik der Aggression" (1968)

US-Imperialismus greift
nach Feuerland

Ushuaia, die südlichste Stadt Argentiniens, liegt am Beagle-Kanal an der Nahtstelle zwischen Südatlantik und Antarktis. Der Hafen der Hauptstadt der Provinz Feuerland ist ein geopolitischer Schlüsselpunkt: Er sichert Zugänge zu Seewegen, Rohstoffen, militärischen Operationsräumen und zur Antarktis. Genau deshalb steht er seit Jahren im Fokus der USA.

Am 21. Januar besetzten Bundeskräfte im Auftrag der Regierung Milei überraschend den Hafen von Ushuaia. Beschäftigte wurden mit Polizeigewalt verdrängt, die Provinz faktisch entmachtet. Offiziell ist von „Unregelmäßigkeiten“ die Rede – tatsächlich geht es um die Unterordnung Feuerlands unter die strategischen Interessen des US-Imperialismus.

Der Eingriff erfolgte kurz vor Mileis Treffen mit US-Präsident Trump und reiht sich nahtlos in Washingtons Bestrebungen ein, seine militärische und wirtschaftliche Präsenz im Süden Lateinamerikas auszubauen. Mit der Ausschaltung der lokalen Kontrolle wird der Weg für Privatisierung, ausländische Konzerne und eine mögliche militärische Nutzung des Hafens freige-macht.

Redaktion DRF

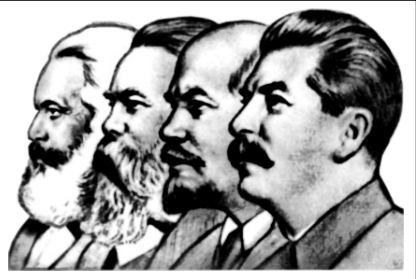
Iran: Proteste als Deckmantel
für westliche Regimepläne

Die aktuellen Unruhen im Iran werden in westlichen Medien als „demokratischer Aufstand“ gegen ein repressives Regime dargestellt. Doch der Hintergrund ist komplexer: Die Proteste, ausgelöst durch Inflation und Lebenshaltungskosten, werden von westlichen Geheimdiensten und regierungsnahen NGOs aktiv befeuert, mit dem Ziel eines Regimewechsels. Organisationen wie Human Rights Activists in Iran, finanziert vom CIA-Arm National Endowment for Democracy, verbreiten übertriebene Opferzahlen und manipulieren die öffentliche Wahrnehmung. Diese Praxis hat historische Vorbilder: Bereits 1953 stürzte die CIA den demokratisch gewählten Premier Mossadegh, installierte den Schah und ermöglichte 26 Jahre blutiger Monarchie. Auch in den 1980er Jahren unterstützte Washington den Irak im Krieg gegen den Iran und lieferte Waffen für Massenvernichtung. Seit Jahrzehnten verschärfen Sanktionen und wirtschaftlicher Druck die Lage der Bevölkerung. Die westliche Intervention in die iranische Innenpolitik dient den geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen des US-Imperialismus, nicht den Menschenrechten. Viele organisierte Exil-Iraner fordern mittlerweile die Rückkehr der Monarchie und eine enge Allianz mit Israel – ein klares Zeichen für die kolonial-imperialistische Einflußnahme. Zentral für eine richtige Analyse und ein tieferes Verständnis ist die Erkenntnis: Die Krise im Iran ist das Ergebnis imperialistischer Einmischung, nicht nur innenpolitischer Mißstände. Die fehlt vielen „linken Kräften“ in der Bundesrepublik völlig.

Redaktion DRF

Wir gratulieren ganz herzlich allen Lesern unserer Zeitung, die im Monat Februar Geburtstag haben und wünschen alles erdenklich Gute für den weiteren Lebensweg.

Zentralkomitee der KPD und Redaktion DRF



Öl, Korruption und
Entführung

Die jüngsten Entwicklungen in Venezuela zeigen einmal mehr: Der Imperialismus der USA kennt keine Grenzen – weder moralisch noch völkerrechtlich. Am 3. Januar wurde der verfassungsmäßige Präsident Nicolás Maduro durch einen US-Militärschlag aus Caracas entführt, zusammen mit seiner Ehefrau Cilia Flores. Dabei wurden nach venezolanischen Angaben mindestens 100 Menschen getötet und über 112 verletzt. Diese Aktion ist ein eklatanter Bruch des Völkerrechts und ein klarer Versuch, die Kontrolle über Venezuelas reichhaltige Ölreserven zu übernehmen. Die US-Regierung unter Präsident Donald Trump setzt dabei auf die direkte Kommerzialisierung venezolanischen Öls. Bereits kurz nach der Entführung wurden erste Verkäufe an US-Firmen wie Vitol und Trafigura bekannt, mit einem Volumen von Hunderten Millionen Dollar, die auf von Washington kontrollierten Offshore-Konten hinterlegt werden. Die Erlöse sollen laut US-Administration „frei fließen“ können, ohne venezolanische Kontrolle. Gleichzeitig versuchen US-Konzerne wie Chevron und ExxonMobil, langfristige Zugeständnisse in der venezolanischen Ölindustrie zu erzwingen, während Washington den Handel mit China, Russland oder Kuba unterbindet.

Die vorgebrachten Vorwürfe gegen Maduro, insbesondere die angebliche Leitung des „Cartel de los Soles“, wurden inzwischen teilweise zurückgezogen. Selbst das US-Justizministerium räumt ein, daß es diese Organisation in der von den Medien verbreiteten Form nie gab. Die Anschuldigungen dienen primär der Rechtfertigung imperialistischer Aggression, nicht der Gerechtigkeit. Maduro und seine Frau befinden sich de facto als Kriegsgefangene in den Händen einer Macht, die keine andere Logik kennt als Profit und Kontrolle über Ressourcen. Trotz dieser extremen Bedrohung haben Hunderttausende Venezolaner in Caracas und in den Bundesstaaten des Landes wiederholt für die Freilassung von Maduro und seiner Frau demonstriert. Die regierende Vereinigte Sozialistische Partei Venezuelas (PSUV), die Kommunenbewegung sowie Frauen-, Rentner- und Jugendorganisationen mobilisieren zu landesweiten Aktionstagen. Sie zeigen: Die venezolanische Bevölkerung verteidigt ihre Souveränität gegen die Aggression des US-Imperialismus. Die venezolanische Regierung unter Delcy Rodríguez versucht unterdessen, den Ölsektor zu reformieren und die sozialen Ausgaben aufrechtzuerhalten. Einnahmen aus Ölgeschäften sollen zum Schutz der Kaufkraft der Arbeiter genutzt werden. Doch die US-Aggression hat einen klaren ökonomischen Zweck: den Zugriff auf Venezuelas Rohstoffe, die Bereicherung von US-Milliardären und die Sicherung strategischer Energieinteressen. Der Verkauf von Öl an US-Konzerne und die Verwahrung der Erlöse auf von Washington kontrollierten Konten ist ein Paradebeispiel für imperialistische Ausplünderung unter dem Deckmantel von „Demokratie“ und „Rechtstaatlichkeit“.

Venezuela reiht sich ein in eine lange und blutige Geschichte von US-Interventionen in Lateinamerika. Seit fast zweihundert Jahren betrachten die Vereinigten Staaten den Kontinent als ihren „Hinterhof“ und schrecken vor nichts zurück, um strategische und wirtschaftliche Interessen durchzusetzen. Vom Sturz demokratisch gewählter Regierungen über Militärputsche, Wirtschaftssanktionen und verdeckte Operationen bis zu offenen militärischen Angriffen – der Imperialismus der USA hat immer wieder die Souveränität der Völker Lateinamerikas mit Füßen getreten und Leid und Zerstörung gebracht. Die Entführung Maduros ist nur die jüngste Manifestation dieser imperialistischen Politik.

Weltweit gilt es, diese Entwicklungen scharf zu verurteilen. Die Entführung Maduros ist ein Angriff auf die Souveränität eines souveränen Staates, auf die Rechte der venezolanischen Be-

völkerung und auf den Kampf gegen den globalen Imperialismus.

Die Forderung ist klar: Maduro und seine Frau müssen unverzüglich freigelassen werden. Die USA müssen sich aus Venezuela zu-



„Freiheit für Maduro!“, Plakat der Solidaritätskampagne des International Peoples Assembly, <https://ipa-aip.org/>

rückziehen, die Kontrolle über Öl und Rohstoffe einstellen und die Souveränität des Landes respektieren. Solidarität mit Venezuela bedeutet, den Kampf gegen den US-Imperialismus konsequent zu führen, die wirtschaftliche Unabhängigkeit zu verteidigen und die Errungenschaften der venezolanischen Revolution zu schützen. Imperialismus ist kein abstraktes Phänomen – er ist handfest, blutig und profitgesteuert. Wer für Frieden, Souveränität und soziale Gerechtigkeit eintritt, muß die Aggression gegen Venezuela anprangern und die Freiheit von Nicolás Maduro und Cilia Flores fordern.

MN

EU-Mercosur-Abkommen:
Profite für Konzerne,
Risiken für Mensch und Natur

Am 17. Januar 2026 haben die EU und der südamerikanische Wirtschaftsblock Mercosur in Asunción ein Handelsabkommen unterzeichnet. Es sieht vor, Zölle auf über 90 % des bilateralen Handels abzubauen und eine Freihandelszone zu schaffen. Die Ratifizierung durch das Europäische Parlament sowie die Parlamente Argentiniens, Brasiliens, Paraguays und Uruguays steht noch aus. Während Regierungen wie Argentiniens und Paraguays das Abkommen als Chance für Wachstum und Export feiern, warnen Kritiker vor den sozialen und ökologischen Folgen. Umweltverbände und Wissenschaftler betonen, daß die Intensivierung von Rinder- und Sojaproduktion Entwaldung und Emissionen im Amazonasgebiet weiter verschärfen wird. Nachhaltigkeitsmechanismen im Vertrag seien unzureichend. Brasilianische Ökonomen und soziale Bewegungen sehen das Abkommen als neokolonial: Rohstoffe und Agrargüter würden weiterhin in die EU fließen, während hochindustrialisierte Produkte aus Europa importiert werden – eine strukturelle Benachteiligung der südamerikanischen Industrie. Die Folgen: Konzentration von Reichtum bei exportorientierten Konzernen, Prekarisierung der Arbeiter und Fortführung eines extraktivistischen Wirtschaftsmodells, das Mensch und Natur ausbeutet. Das Abkommen zeigt einmal mehr: Freihandel im Kapitalismus dient nicht den Menschen, sondern verstärkt globale Ungleichheiten und die Macht der Konzerne. Nur durch die Überwindung kapitalistischer Eigentumsverhältnisse und den Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft können Rohstoffe und Produktion den Bedürfnissen der Menschen dienen und ökologische Zerstörung verhindert werden.

Redaktion DRF

ABONNEMENT:

Die Rote Fahne

☐ Ich möchte die Druckausgabe „Die Rote Fahne“ im Jahresabo. Preis 35,00 Euro beziehen.

☐ Ich möchte die Druckausgabe „Die Rote Fahne“ im Förderabo. Preis 45,00 Euro beziehen.

☐ Ich möchte das ePaper (PDF) „Die Rote Fahne“ im Jahresabo. Preis 20,00 Euro beziehen.

☐ Ich möchte das ePaper (PDF) „Die Rote Fahne“ im Förderabo. Preis 30,00 Euro beziehen.

☐ Ich bitte um das Statut und Programm der KPD. Preis je 2,00 Euro plus Porto füge ich in Briefmarken bei.

☐ Ich möchte Mitglied der Kommunistischen Partei werden.

Das Abonnement kann auch formlos, unter Angabe aller Adressdaten, per Email an abo-drf@k-p-d.org bestellt werden

Name

Vorname

Straße

PLZ

Wohnort

Telefon/Fax

Email